

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweihundstiezigster Jahrgang.

Inserate
1½ Sgr. für die fünfgepaltenen Seiten oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Annoncen - Annahme - Bureaus der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jozowicz, Markt 74 und Hrn. Grupski (G. L. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Nogatzen bei Hrn. Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Hrn. Hermann Gassner; in Grätz bei Hrn. Louis Streissand und Hrn. P. Kempner; in Bromberg G. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Hasenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Wosse; in Berlin: A. Reitmeyer, Schloßplatz; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Rabath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Danne & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Deutschland.

Berlin, 13. Februar. Man darf jetzt die Hoffnung auf eine Verständigung in der Frankfurter Angelegenheit und auf das Zustandekommen eines Rezesses in verstärktem Grade hegen. Es scheint, daß die Stimmung der leitenden Behörden in Frankfurt eine bessere geworden ist und auf die vorhandene Notwendigkeit mehr Rücksicht nimmt als bisher. Die Deputation, von der die Blätter berichtet haben, ist hier eingetroffen, und gleichfalls befindet sich zur Zeit wieder der Oberpräsident v. Möller hier, der auch in dem gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen als Vermittler thätig sein wird. — Der preußische Justizminister hatte es übernommen, den Entwurf eines Bundesgesetzes ausarbeiten zu lassen, durch welches in Gemäßheit der Beschlüsse des Bundesraths das Allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch und die Allgemeine deutsche Wechselordnung zu Bundesgesetzen erklärt werden sollen. Diese Arbeit ist nun vollendet und als das Ergebnis derselben hat jetzt der Bundeskanzler dem Bundesrat den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Einführung der Allgemeinen deutschen Wechselordnung, der Nürnberger Wechsel-Nomellen und des Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs als Bundesgesetze zur weiteren Beschlussnahme vorgelegt und zwar unter Anfügung der Motive zu dem Gesetzentwurf und einer Zusammenstellung der von den verschiedenen Bundesregierungen in Bezug auf den Gegenstand gestellten Anträge.

Berlin, 14. Februar. Gestern Abend noch hob die „Kreuzzeitung“ hervor, daß die formellen Einladungen zu den Berathungen über die Kreisordnung an die Vertrauensmänner noch nicht ergangen seien, und doch war selbst von offiziöser Seite in den letzten Tagen der 10. d. M. als der Tag bezeichnet worden, an welchem die Einladungen höchst wahrscheinlich ergangen sein dürften. Höchst wahrscheinlich ist nun allerdings noch immer nicht gewiß, und das Gewisse, d. h. die Realisirung herzustellen, liegt in den Händen des Grafen Eulenburg, da die formelle Einladung natürlich vom Ministerium des Innern aus ergeben muß. Graf Eulenburg hat Zeit, und es scheint, daß er desto mehr Zeit hat, als mehr die Umstände oder je mehr er von anderer Seite gedrängt wird. Natürlich hat das alles seine Grenzen und diese Grenze wird vielleicht heute schon erreicht sein, aber es ist jedenfalls bezeichnend, daß der unliebsam aus seiner gehegerten Ruhe aufgestörte Minister des Innern sich darin gefällt, alle aufgestellten Kombinationen mittelst passiven Widerstandes wenigstens insoweit zu vereiteln, als er freien Spielraum hat. Was man über die letzten Vorgänge hört, geht dahin, daß am letzten Montag eine Sitzung des Staatsministeriums stattfand, in der abermals die Kreisordnungsgangelegenheit zur Debatte stand. Bei dieser Gelegenheit soll Graf Bismarck, dessen Geduldssaden in letzter Zeit einigermaßen mürbe geworden zu sein scheint, gegen die den abwesenden Minister des Innern vertretenden beiden Räthe sehr „lebhaft“ geworden sein, auf Vorderungen gedrungen haben und sich schließlich mit einem Ministerialrath noch selbst an eine Revision des vorliegenden Elaborats gemacht haben, über welches Vorgehen dann natürlich in ministeriellen Kreisen keine geringe Konsternation herrschte. Im Allgemeinen wird nicht bezweifelt, daß den Berathungen insoffern nicht alle Aussicht abzusprechen ist, als in manchen Punkten die Regierung zu einem Entgekommenen geneigt zu sein scheint. Darauf deutet wenigstens die Fassung der Fragen. Unbedeutlich erscheint aber auf der andern Seite, wie der Widerstand des Herrenhauses jemals überwunden werden soll. Die Regierung ist, wie neuere Erfahrungen zeigen, ihres Einflusses in dieser Beziehung keinwegs sicher und zu einer energischen Aktion bei ihrer ganzen Stellung auch wohl kaum befähigt. Eine der letzten Fragen soll sich darauf beziehen, ob es sich empfehlen würde, die projektierte Reorganisation eventuell auch auf Schleswig-Holstein, Hannover u. s. w. auszudehnen. Die Einheit der Verwaltungsformation für das Ganze ist also mindestens ins Auge gefaßt. Angeblich besteht noch immer der Plan, die Berathungen möglichst zu beschleunigen und nach Schluss derselben den Entwurf noch vor den Landtag zu bringen. Wie das indessen möglich sein soll, wird Niemand so leicht fassen. Von den in Vorschlag gebrachten Abgeordneten hat der Abg. Zweiten abgelehnt, dagegen sind sonstige bekannte Namen u. A. v. Unruh, Lässer, Forckenbeck, von der Fortschrittspartei Dr. Bender und v. Hoverbeck vertreten. — Die gesetzliche Rede des Grafen Bismarck im Herrenhaus bietet wiederum reichen Stoff für die ausländische resp. französische Presse, deren Verhältnisse wohl noch niemals so direkt von solcher Stelle aus berührt worden sind. Indessen kann es nicht schaden, daß es in dieser Beziehung einmal tagt. Angesichts des ungeheuren Missbrauchs, der von den französischen Blättern einer gewissen Farbe — leider auch von deutschen, aber da ist es weniger gefährlich — mit entstellten Nachrichten getrieben wird, ist eine nachdrücklichere Abwehr als die Zeitungspresse sie gewähren kann, geboten. Die Rede Bismarcks werden wenigstens alle französischen Provinzialblätter wieder nachdrucken und dadurch vielleicht Einiges zur Aufklärung des französischen Publikums beitragen. — Die hiesigen Innungsvereine organisiren eine Bewegung gegen das Projekt der Handelskammern und wollen für sich mindestens Gewerbebamern haben. In dieser Absicht haben sie sich mit einer Petition an das Ministerium und die beiden Kammern gewendet. Etwa

Zunftgeist steckt wohl unzweifelhaft hinter diesem Auftreten, obwohl in den Innungsvorständen politisch alle Farben vertreten sind. Der berühmte Schuhmachermeister Panse erklärte bei der Vorberathung sogar ausdrücklich, daß man seinen Namen nur nicht gebrauchen möge, denn sonst sei die Sache von vorn herein in der öffentlichen Meinung ruiniert. Wie viele großen Männer stehen Herrn Panse an Selbsterkenntniß nach!

— Es wird ziemlich allgemein angenommen, daß der Oberst v. Krensky, welchem von dem Fürsten von Rumänien die Neorganisation der rumänischen Armee nach preußischem Muster übertragen worden war, nicht in die von ihm in Bukarest bekleidete Stellung zurückkehren werde. Es waren außer demselben jedoch zur Zeit noch zwei andere preußische Offiziere, ein Major v. Walther und ein Premier-Lieutenant v. Sanden nach Rumänien zu demselben Zweck abkommandiert und es verlautet noch nicht, ob auch diese die dort eingenommenen Stellungen bereits aufgegeben haben. Der Vorgang einer derartigen Abkommandirung zu Organisationszwecken ist übrigens in der preußischen Armee ein althergebrachter und hat im Laufe der Zeit sowohl nach deutschen wie außerdeutschen Staaten vielfach stattgefunden. Eigen dabei erscheint, daß nach der einen Seite noch alle Versuche in dieser Weise die preußischen Militärformen auf die Staaten des Ostens zu übertragen das Schicksal erfahren haben, über die ihnen bereiteten Hindernisse ihren Zweck nicht zu erreichen, daß andererseits jedoch, was diese Staaten Gutes in ihrem Wehrwesen besitzen, doch gerade auf diese Versuche zurückgeführt werden muß. Es gilt dies namentlich auch von den wiederholten derartigen Bestrebungen, das feste Gefüge des preußischen Heerwesens auf die Streitkräfte der Türkei zu übertragen. Dieselben sind noch jedes Mal sehr bald den damiter angestifteten Intrigen erlegen, und nur bei der Artillerie haben sich schließlich die auf den Wunsch der Türkei ihr gesendeten und theilweise in ihren Dienst übergetretenen preußischen Offiziere bis in die neuste Zeit zu behaupten vermocht. Während aber alle anderen türkischen Waffengattungen in Hinblick ihrer Ausbildung und militärischen Tüchtigkeit nach dem überzeugendsten Urtheil aller durch den angewandten Ausverständigen auch nicht entfernt den bei europäischen Truppen für diese Eigenschaften angewandten Maßstäben genügen, bildet allein die türkische Artillerie von diesem Allgemeinverhalten der türkischen Armee eine Ausnahme und wird diese selbst von den strengsten militärischen Beurtheilern als eine wirklich kriegstüchtige und gut geschulte Truppe anerkannt. Wie weit die neue Organisation der rumänischen Armee schon fortgeschritten ist, erhellt aus den darüber veröffentlichten Angaben noch nicht, doch wird die gegenwärtig etwa anderthalbjährige preußische Schulung derselben für das feste Gefüge und die militärische Tüchtigkeit der rumänischen Truppen unzweifelhaft ebenfalls nicht ohne Nutzen geblieben sein.

— Der zuerst für Berlin ernannte gewesene neue spanische Gesandte, Herr Mortemar, war nach Florenz versetzt worden, weil General Menabrea der spanischen provisorischen Regierung erklärte, man werde dort den für Italien bestimmten Gesandten, Herrn Espanna, nicht bei Hofe empfangen, weil er eine im Dienste des Herrn Ratazzi gewesene Frau geheirathet habe. Herr Lorenzana, der spanische Minister des Auswärtigen, entschloß sich daher, Herrn Espanna nach Berlin zu senden und Herrn Mortemar nach Florenz zu versetzen. In Berlin erhielt man aber auch Kunde von den Familienbeziehungen des Neuenmannen, und Graf Kaniz in Madrid erhielt Auftrag, dagegen Einsprache zu erheben, daß man einen Mann nach Berlin sende, der in Florenz wegen solcher Familienrücksichten nicht angenommen worden wäre. Spanien hat sich daher zu nochmaliger Aenderung entschließen müssen. Herr Espanna ist soeben von Berlin abberufen und an seine Stelle Herr Roncas, ehemaliger Chef-Redakteur der „Novedades“ in Madrid zum spanischen Gesandten beim Berliner Hofe ernannt worden.

— Dem Bundesrat des Norddeutschen Bundes ist jetzt vom Bundeskanzler der Bericht der Kommission vorgelegt worden, welche mit der Prüfung der Frage über die Einführbarkeit, sowie die wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile einer Branntwein-Fabrikatsteuer vor der Mischsteuer beauftragt war. Diesem Bericht sind drei Anlagen beigelegt, nämlich der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Branntweins in den zum Zollverein gehörigen Theilen des Norddeutschen Bundes, welcher von der Kommission ausgearbeitet ist, ferner der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erhebung der Branntwein-Fabrikatsteuer im Norddeutschen Bunde, welcher von dem königlich sächsischen Kommissar zur Annahme empfohlen wird, und die zu dem letzteren Entwurf gehörigen Motive.

— Unsere Bestimmungen über das Heirathen der aktiven, resp. zur Disposition gestellten Offiziere haben unlängst eine Modifikation erfahren. Bekanntlich muß sich jeder Offizier bei Beantragung des Heirathskontraktes verpflichten, seiner zukünftigen Gattin durch Einkauf in die General-Militär-Wittwenkasse einen gewissen Betrag als Wittwenpension zu sichern, dessen Höhe entsprechende Beiträge er später zu zahlen hat. Bisher war es gestattet, den Betrag der jährlichen Pension innerhalb der Stufen von 50 bis 500 Thlr. willkürlich zu bestimmen. Für künftig sind nun den Chargen entsprechend steigende Minimal-Beträge festgestellt. Es sichert somit künftig ein Lieutenant seiner

Frau 200 Thlr., ein Hauptmann 300 Thlr., ein Major 400 Thlr., ein Oberst und ein General 500 Thlr. als Minimum jährlicher Wittwenpension. (500 Thlr. ist gleichzeitig Maximum der Versicherungssumme geblieben.) Bei Beförderung in höhere Chargen, resp. Aufrücken in höheres Gehalt ist dieser Betrag jenseit dem analog zu erhöhen. Auch hat jeder von nun an ausdrücklich auf die Befugnis zu verzichten, die festgesetzte Wittwenpension jemals herabzusezen. In Bezug auf alle diese Punkte sind bei der Beantragung des Kontraktes ausdrücklich verpflichtende Erklärungen abzugeben. In Bezug auf die Höhe des Seitens der Lieutenants und Hauptleute II. Klasse bei der Verheirathung nachzuweisenden Privateinkommens (von 600, resp. 250 Thlr. jährlich) ist keine Änderung eingetreten.

— Wie der „Wef. 3.“ aus Oldenburg, 9. Febr. geschrieben wird, herrscht im Bundeskriegshafen zu Heppen eine Geschäftigkeit und reges Leben, wie nie zuvor. Die Zahl der Arbeiter, die gegenwärtig schon über 3000 beträgt, soll im Laufe dieses Sommers auf etwa 5000 gebracht werden. Das Ausheben der Erde befußt Herstellung der Hafenhäfen ist einem Unternehmer in Akkord gegeben und geschieht unter Anwendung von Dampfmaschinen. Die Zahl der Hochbauten, die nach einer jüngst erlassenen Verfügung hergestellt werden sollen, beläuft sich über 100 und hat eine erhebliche Preissteigerung der Ziegelsteine, deren viele Millionen von den Ziegelfabrikanten im Herzogthum in Lieferung übernommen sind, hervorgerufen. Der König von Preußen wird im Mai d. J. erwarten, um den Hafen einzutreiben, nicht aber, wie es verschiedentlich hieß, um ihn zu eröffnen. Die Eröffnung soll im Herbst d. J. geschehen, indem man hofft, daß alsdann die Bassins zur Aufnahme von Schiffen fertig gestellt sein werden.

— Wie man der „Z. C.“ mittheilt, hat man im Regierungsbezirk Koblenz die Verhältnisse der Volksschullehrer auf folgender Basis regulirt:

Ang. der Schul-Volkslehrer, sondern auch zum eigenen Bedarf erforderlichen Brennmaterialien. Alsbares Gehalt ist in Städten ein Minimum von 250 Thlr. angenommen worden, welches für den ersten Lehrer bis zu 500 Thaler sich steigert. Auf dem Lande dagegen beträgt das Minimum für einzelne liegende Lehrer und die oberen Lehrer bei mehrklassigen Schulen 180 bis 300 Thlr., und für die unteren Lehrer bei mehrklassigen Schulen 180 bis 200 Thaler.

— **Kassel**, 11. Febr. Die Besoldungsfrage der städtischen Elementarlehrer hat nunmehr, nachdem sie zu langjährigen Erörterungen Veranlassung gegeben, ihre definitive Erledigung gefunden. Der Minimalsatz des Gehaltes wird hier nach auf 350 Thaler jährlich festgestellt und steigt von 5 zu 5 Jahren Dienstzeit um 50 Thaler bis zum Maximalsatz von 700 Thaler. Die Einreichung der Lehrer in diese Gehaltsätze wird sofort bewirkt werden. (Fr. 3.)

— **Saarouis**, 11. Februar. Die „Köln. Ztg.“ enthält eine Zuschrift von hier mit einer Berichtigung der Nachricht französischer Blätter über ein hier stattgefundenes Ney-Fest, der wir Folgendes entnehmen:

Ein Ney-Fest, an dem die Stadt als solche oder doch ein großer Theil der Bürgerschaft teilgenommen, habe nicht stattgefunden. Das Ganze beschränkt sich darauf, daß einige ältere Herren (meist noch unter französischer Herrschaft geboren oder doch von französischen Eltern herstammend, wie die meisten der Namen besagen) sich am 10. Januar bei einem Glase Wein das Privatvergnügen gemacht haben, den „berühmtesten Bürger von Saarouis“ hochleben zu lassen. Von den jüngeren Generationen soll nur der Wirth, bei dem das „Souper“ stattgefunden bat, nebst einigen Verwandten sich an demselben beteiligt haben. Der „Moniteur de l'Armée“ muß demnach sehr übel berichtet sein, wenn er von einem Saarouis'er Ney-Feste faselt. Vermuthlich hat einer der Teilnehmer an dem hier ganz unbekannten „trémissement à ces paroles françaises“ sich nebenher den Scherz erlaubt, einen Bericht über die hier kundgegebene Begeisterung für den französischen Marschall an ein Pariser Journal zu schicken. Auf jeden Fall hätte derselbe, wenn er ein ehrlicher Mensch sein wollte, der Wahrheit die Ehre geben und die offene Erklärung mit befügen sollen, daß die ganze Festgesellschaft aus etlichen Privatleuten bestanden hat, denen man natürlich ihre Vorliebe für die „glorie“ der „grande nation“ weder wehren noch verdenken kann, weil sie selber noch durch und durch französisch sind. Sie bilden aber zum Glück einen so winzigen Bruchtheil der hiesigen Bevölkerung, daß die ganze Seiher, wenn sie denn einmal so genannt werden soll, überhaupt unbemerkt und spurlos vorübergegangen sein würde, hätte nicht einer der Veranstalter sich gemügt gefunden, sie in einer Weise auszuposaunen, welche derer Bureaucratie nicht entgehen konnte. So viel einstweilen zur Steuer der Wahrheit!

— **Aus Thüringen**, 9. Februar. Der gemeinsame Landtag der beiden Herzogthümer Coburg und Gotha, der bisher in der Stadt Gotha tagte, wird morgen oder übermorgen wieder auseinander gehen, ohne daß auch diesmal wieder die so verhältnismäßig und von allen Einsichtigen dringend gewünschte Vereinigung der beiden kleinen Ländchen, von denen nun jedes seine besondere Regierung besitzt, zu Stande gekommen wäre. Ein recht charakteristischer Beweis der Kläglichkeit unserer deutschen Kleinstaaten! Die Hauptchwierigkeit dieser Vereinigung bilden besonders die Finanzen, die im Herzogthum Gotha sehr gut, in Coburg aber äußerst schlecht sind. Letzteres Ländchen hat bei der Zinsengarantie der von Eisenach nach Lichtenfels führenden verhältnismäßig nur wenig benutzten Werrabahn alljährlich bedeutende Summen bisher zu zahlen müssen, und besitzt außerdem an 600,000 Gulden Aktien dieser Eisenbahn, die von jetzt an, wo der Termin dieser Garantie aufhort, eine äußerst geringe Dividende abwerfen dürfte, während Gotha hingegen mit seiner Million Thüringer Eisenbahnaktien, die alljährlich an neun Pro-

zent tragen, vortreffliche Geschäfte mache. Auch war früher schon das Herzogthum Gotha, welches sparsamere Fürsten hatte, nur gering, Coburg hingegen bei sehr verschwenderischen Fürsten verhältnismäßig äußerst stark verschuldet. Auch die großen Stammesverschiedenheiten der fränkischen Coburger und der thüringischen Gothaer, die sich jetzt einander sehr herb gegenüberstehen und nur in einem Großstaat wie Preußen verschwinden würden, verhindern jetzt diese vernünftigemäße Vereinigung, obgleich der Herzog solche, so viel nur irgend in seinen Kräften steht, zu befördern sucht.

München, 13. Februar. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenammer wurde das Gesetz, betreffend das Wahlrecht zum Landtag nach den Anträgen des Ausschusses mit 92 gegen 48 Stimmen angenommen; das vielseitig verlangte allgemeine direkte Stimmrecht ist somit verworfen.

ÖSTERREICH.

Wien, 12. Februar. Es heißt jetzt, daß die Wahlreform ernstlich in Angriff genommen und dem Reichsrath als letzte Arbeit das Gesetz über direkte Wahlen vorgelegt werden soll. Der Entwurf dieses Gesetzes ist im Ministerium des Innern unter Beiziehung mehrerer hervorragender Mitglieder des Abgeordnetenhauses ausgearbeitet worden. Wenn das Haus diese Arbeit beendet hat, soll es aufgelöst um dem neuen, direkt aus dem Volke hervorgegangenen, an Mitgliederzahl bedeutend verstärkten Hause es überlassen werden, das Werk der Reform zu vollenden und die noch schwelenden Fragen zur Lösung zu bringen. Die tschechische Frage wird bis dahin in den Hintergrund gestellt, die galizische Frage aber soll jetzt schon der verfassungsmäßigen Behandlung überlassen werden. Was die Vermehrung der Zahl der Reichstagsabgeordneten anbetrifft, so nimmt man an, daß die Gesamtzahl ungefähr um das Doppelte erhöht werden wird, sodaß für die Zukunft circa 46,000 Seelen der Bevölkerung der diesseitigen Reichshälfte durch je einen Abgeordneten vertreten sein dürfen.

— Die „N. Fr. Pr.“, deren maßlose Ausfälle in Angelegenheit der Beschlagnahme hatte im Abgeordnetenhaus wir kürzlich erwähnten, scheint nur für sich das Recht, eine solche Sprache zu führen — aus welchem Grunde ist unklar — vindizieren zu wollen. Der „France“, die sich auch in einer Polemik in dieser Sache zu gefallen scheint, läßt sie folgende Abstreitung zu Theil werden:

Der Telegraph hat uns gestern von einem „Die geheimen Bonds des Herrn v. Bismarck“ überschriebenen Artikel der „France“ gemeldet, in welchem gegen die Beschlagnahme des Vermögens der Deposediten polemisiert wird. Unser Standpunkt in dieser Frage ist klar und bekannt; wir brechen den Stab über die jedem feindlichen Politik Bismarcks. Wenn aber die „France“, das Organ des Kaiserreichs, gegen die Maßregel im Namen des Rechtes das Wort ergreift, so ist das in solchem Munde merh und bedeutungslos. Wenn ein Blatt das Staatswohl als Argument zur Beschönigung einer Gewaltthat geltet zu lassen verpflichtet ist, so ist es „La France“, das Organ der Regierung, welches die Dekrete vom 14. Januar 1852 erlassen hat, durch welche die Güter der Familie Orleans nicht blos mit Beslag belegt, sondern pour cause d'utilité publique einfach konfisziert wurden. Die preußische Kammer hat sich mit Annahme des Beschlusses gefragt. Die napoleonische Regierung deferte die Konfiszierung der Güter der Orleans einfach, ohne auch nur nachdrücklich die Kammernobmigung einzuhören, ohne irgend einen Richterspruch zu provozieren. Die Dekrete vom 14. Januar 1852 waren die absolute Gewaltthatigkeit, und da zu jener Zeit, obgleich die Republik dem Namen nach noch bestand, Niemand in Frankreich mehr daran zweifelte, daß dem Staatsstreich die Proklamierung des Kaiserreichs auf dem Fuße folgen würde, so kennzeichneten die Pariser das allgemeinen Schrecken ereignende, gegen die Orleans geschleuderte Dekret mit den Worten: „Es ist der erste Flug des Adlers.“ Nun heißt aber vol nicht blos Flug, sondern auch Diebstahl.

— Wie die „Wiener Presse“ erfährt, hätten Russland und Preußen sich bei der Pforte vermehrt, um den Fürsten von Montenegro den Hafen von Spizza und damit die Verbindung Montenegros mit der See zu verschaffen. Der Sultan wäre nicht abgeneigt, darein zu willigen.

— Die „Ungarische Monatsschrift“ bringt in ihrem ersten Heft des neuen Jahrgangs eine Erklärung des Grafen Nikolaus Bethlen, jetzigen Herausgebers. Darin heißt es:

Mit dem 1. Oktober 1868 hat ein Redaktionswechsel stattgefunden. Die Integrität der österreichisch-ungarischen Monarchie ist das Grundprinzip unsers neuen Programms, während die frühere Redaktion allein die Integrität der Stephanskrona betonte. In der äußern Politik sind wir preußisch, da wir bis zu unserer eigenen Kräftigung die neue Monarchie durch

eine preußische Allianz zusammenhalten wollen, und die Politik des Grafen Beust, welche mit Süddeutschland und Frankreich koalitiert, entschieden perorreisen.

Prag, 12. Februar. Die Jesuiten hier haben das in der Spornergasse gelegene Kajetanerhaus um sechzigtausend Gulden angekauft. Dem Vermögen nach werden die aus Spanien vertriebenen Jesuiten sich in diesem Hause niederlassen.

FRANZÖSISCHE

Paris, 11. Februar. Die Kontrolle der Verwaltung der Stadt Paris durch den gesetzgebenden Körper gibt dem „Mouiteur“ Veranlassung zu folgenden Bemerkungen:

„Die Finanzen der Stadt Paris werden endlich einer ernstlichen Kontrolle unterworfen werden. Die sonderbare Anomalie einer Macht, welche, wie die des Herrn Haussmann, sich als eine absolute Gewalt mitten unter anderen mehr oder weniger beschränkten und verantwortlichen Gewalten bewegt, wird wenigstens einigermaßen verschwinden. Selbst er, der Seine-Präsident, sieht sich von dem Stadtkomitee bedroht, ein konstitutioneller Fürst werden zu müssen. Wie alle absoluten Herrschaften, so hat auch die Verwaltung von Paris ihre glänzenden Seiten gehabt; aber dieser Glanz wird thuer, sehr thuer bezahlt, und nachdem die Stadt bereits so viel Geld aufgenommen hat, befindet sie sich im vorigen Jahre in einer Finanzlage, die eine neue und sehr bedeutende Anleihe nothwendig macht; oder vielmehr, die Anleihe war bereits zum voraus gemacht, und man verlangt einfach vom gesetzgebenden Körper, zu regularisieren, was ihm zu verhindern nicht mehr möglich war. Der Seine-Präsident und die Räthe, die er sich begegnet, hatten in die Attribitionen des gesetzgebenden Körpers übergegriffen indem sie den Kredit zwar nur in indirekter, aber in nicht minder reeller und obligatorischer Weise, als es durch eine gewöhnliche Anleihe geschehen wäre, in Anspruch genommen hatten. Der gesetzgebende Körper sah mit Recht in diesem Uebergange eine Quelle der größten Missbräuche und war der Ansicht, daß einer so zur Usurpation geneigten Gewalt eine Schranke entgegengestellt werden müsse. Seine Kommission hat daher den Vorschlag gemacht, den die Regierung bereits angenommen, daß das außerordentliche Budget der Stadt Paris in Zukunft durch ein Gesetz bestätigt werden soll.“

— Folgendes ist die von der Kommission der Kammer und vom Staatsrathe endgültig angenommene Redaktion für den beim gesetzgebenden Körper niedergelegten Gesetzentwurf, die Verträge zwischen der Stadt Paris und der Gesellschaft des Kredit Foncier de France betreffend, welcher in den nächsten Tagen zur Diskussion gelangen wird:

Art. 1. Der zwischen der Stadt Paris und der Gesellschaft des Kredit Foncier in Gemäßheit des Beschlusses des Gemeinderaths vom 2. Dezember 1867 abgeschlossene Vertrag wird genehmigt, mit der Modifikation, daß die Rückzahlung der Summe von 398,440,040 Fr. 24 St., welche die Stadt schuldet und welche durch den Kredit Foncier gedirekte Rententeile repräsentirt ist, auf 40 Jahre statt auf 60 vertheilt werden wird, vermittels Zahlung bei jedem Semester, für Kapital und Interessen, von 11,820,047 Fr. 5 St. Die halbjährlichen Zahlungen werden an jedem 31. Juli und jedem 31. Januar statfinden. Wird zugleich genehmigt der in Gemäßheit des Beschlusses des Gemeinderaths vom 10. Juli 1868 zwischen der Stadt Paris und dem Kredit Foncier abgeschlossene Vertrag, zum Zwecke der Zahlung an ihren respektiven Verfalltagen: 1) der anderweitigen Verbindlichkeiten, welche die Stadt gegen verschiedene Kommissionen von Arbeiten im Belaufe von 54,592,965 Fr. 25 St. übernommen hat; 2) der Ankaufspreise von Immobilien im Belaufe von 12,642,190 Fr. 43 St.; 3) der Interessen, welche jene zwei Summen, die einen Gesamtbetrag von 67,335,155 Fr. 68 St. ergeben, vom 31. Januar 1869 ab tragen werden. Die Rückzahlung an den Kredit Foncier dieser Summe von 67,335,155 Fr. 68 St. erfolgt in 39 Jahren, vermittels 78 halbjährlicher Zahlungen von je 2,018,319 Fr. 5 St., von denen die erste am 31. Juli 1869 zu leisten ist. Art. 2. (Neu.) In Zukunft wird das außerordentliche Budget der Stadt Paris zunächst von der Deputirtenkasse vorläufig und dann durch den Kredit Foncier abgestellt werden. Art. 3. (Neu.), wie in den vorhergehenden artikeln enthaltenen Bestimmungen sind auf die Stadt Lyon anwendbar.

— Gegenüber dem „Gaulois“, welcher wegen der in Paris gegen das Anlehen der Stadt Madrid getroffenen Maßregeln die Haltung Frankreichs eine feindselige nennt, sagt der „Kont“:

Nichts ist falscher als eine solche Behauptung: die kaiserliche Regierung hat durch alle Mittel ihre Sympathie für die spanische Regierung zu erkennen gegeben, und wenn das Madrider Anlehen nicht an der Börse notiert worden ist, so geschah dies, weil das Syndikat der Wechselagenten die Bulassung vertrage. Ledermann weiß, daß diesem ausschließlich die Entscheidung in solchem Falle zukommt. Alle Blätter, welche die Kandidatur des Herzogs von Montpensier in Madrid beginnen, nehmen ihre Busfahrt zu einer sehr plumpen Taktik, um das spanische Nationalgefühl aufzureißen; sie sagen mit Assentation, daß die französische Regierung um keinen Preis von diesem Prätendenten etwas wissen wolle und alle Mittel in Bewegung setze, um seine Wahl zu verhindern. Herr Santa Anna, Redakteur der „Correspondencia“ und beiläufig bemerkt, Geheimsekretär des Herzogs, thut sich in dieser Hinsicht besonders durch allerlei unwahre Behauptungen und durch die heftigsten Angriffe gegen die kaiserliche Regierung hervor. Wir freuen uns dem gegenüber aufs Neue versichern zu können, was die kaiserliche Regierung schon mehr als einmal erklärt hat, daß sie nämlich sich auf keine Weise in die spanischen Angelegenheiten einmischen will, daß sie sich nur keinen Prätendenten verwendet und daß sie bereit ist, Denjenigen anzufallen.

Berlegene ist, welches man besuchen und welches versäumen soll. Einen besondern Genuss gewährten uns die Soireen unsrer beliebten Klaviervirtuosen, Fr. Alma Holländer, die ein eben so zahlreiches als gewähltes Publikum in dem eleganten Saale des Grand Hotel de Rome versammelten und der Künstlerin reichlichen und wohlverdienten Beifall eintrugen. Sonst sind die Symphonie-Soireen der königlichen Kapelle die beliebtesten und am meisten besuchten, und mit Recht, dann die unsers bekannten Meisters Bilse und die von Prof. Stern geleiteten.

Der Birtus erhöht durch neue Piecen seine alte Anziehungskraft, und nicht selten ist der ungsheure Raum bereits am Nachmittag ausverkauft. Die Leistungen sind aber auch außerordentlich; man kann keinen besseren Schulreiter sehen als Hrn. Hager, der sein edles Thier zu den hübschesten und elegantesten Tänzen und Stellungen zu bringen weiß; seine Gemahlin, Frau Hager-Henz, ist die grazioseste und hübschste Reiterin, welche die höchsten Hindernisse mit spielerischer Leichtigkeit nimmt. Fräulein Ulbinsky, in reichem und geschmackvollen Kostüm, regiert acht Schimmel mit großer Eleganz, und wenn ein Mensch Neigung hat, sich wegen der verzwickten und vertrachten trüben diplomatischen und politischen Zustände, wegen Spaniens und Griechenlands oder wegen des schlechten Standes mancher Aktien vor Ager zu überschlagen, so kann er dies Kunststück im Zirkus von Herrn Ward sehen, der den doppelten Salto mortale ausführt, bei welchem er sich zweimal in der Luft dreht und nur einmal die Erde mit den Füßen berührt. Die beiden Brüder Conrads leisten auf dem gespannten Seile Unübertreffliches, wie es selbst der bekannte Blondin ihnen nicht nachmachen möchte, und der Indier Said Jalma scheint mir ein geborener Diplomat, denn er weiß seinen Körper zu schmiegen und zu biegen, zu drehen und zu wenden, daß man glauben möchte, er sei nicht aus einem Erdenkloß, sondern aus Gummi elastikum oder Kautschuk geschaffen.

Den Höhepunkt seines weltstädtischen Vergnügens erreichte Berlin übrigens wohl am Fastnachtstage selbst, und wenn ein

erkennt, welchen Spanien zu seinem Souverän wählen wird; den Herzog von Montpensier nicht ausgenommen, wenn dieser der gesetzliche Vertreter den Volkswahl wird.“

In den Korrespondenzen des „Konstitutionnel“ aus Madrid war freilich bisher von den angeblichen Sympathien für die provisorische Regierung nichts zu bemerken, sondern das offizielle Blatt kämpft darin ebenso eifrig für die spanischen Deposedichten, als an anderer Stelle für die deutschen. — Die „Union“ erklärt die Gerüchte von einer Fusion zwischen den Isabellisten und Karliten in formeller Weise für unbegründet. Das legitime Blatt schreibt:

„In Laufe des Januar und auf die Initiative der Donna Isabella von Bourbon hat sich der Herzog von Madrid mehrere Male mit seiner Auflage unterhalten; man entwarf gemeinschaftlich die Grundlagen einer „Familienvereinigung“, aber Präliminarien zu einer eigentlichen Unterhandlung über eine Fusion der beiden Linien kam nicht zur Sprache. Wir können versichern, daß Don Karlos mehr als entschlossen ist, auf dem zweifachen Gebiet seiner Erbtrete und seiner politischen Prinzipien nicht das geringste Bedenken zu machen.“

— Das „Journal de Paris“ spricht von der bevorstehenden Publikation des Proesses des Herzogs von Enghien beim Verleger Le Chevalier. Noch unbekannt, sehr wichtige Dokumente sollen dabei zur Offenlichkeit gelangen.

Paris, 12. Februar. Der „Constitutionnel“ konstatirt bei Erwähnung der zwischen preußischen und französischen Beziehungen geführten Polemik, daß keine ernste Frage vorliege, welche zwei Länder, deren einziger Wunsch es ist, in Frieden zu leben, entzweien könnte. Er beansprucht jedoch für die französische Presse das freie Recht, die öffentliche Meinung zu interpretieren.

Paris, 13. Februar. Das „Journal officiel“ schreibt: Alle Berichte aus Athen bestätigen, daß Griechenland der Erklärung der Konferenz zugestimmt hat. — Die militärische Mission, welche auf Ersuchen der rumänischen Regierung von hier, nach Bukarest gesandt war, ist auf Befehl der kaiserlichen Regierung zurückberufen worden. — „Patrie“ sagt, die Pforte bereite eine Zirkularnote vor, in Erwiderung auf die des Fürsten Gortschakoff. — Das „Journal officiel“ meldet in seiner Morgenausgabe den in Nizza erfolgten Tod Fuad Pascha's und fügt hinzu: Sein Tod wird in der Türkei eine große Lücke lassen und lebhafte Bedauern erregen.

SPANIEN.

Madrid, 13. Februar. In Galizien sind sozialistische Barden aufgetaucht. Die Wohnung des Geistlichen in Villarubio wurde von denselben in Brand gestellt. Die Truppen von Hugo und Orense sind zur Verfolgung der Barden ausmarschiert. — „Imparcial“ zufolge hat Generalgouverneur Dulce Versicherungen an Land- und Seetruppen, und namentlich ein Regiment Artillerie gefordert. Die Insurgenten sollen gewillt sein, die Waffen niederzulegen, wenn Kubá eine ähnliche Regierung bewilligt würde, wie sie das britische Kanada hat.

— Zur Geschichte des Manifestes Isabellens, welches vom Grafen Espeleta für apokryph erklärt worden, erzählt die „Liberde“ Folgendes:

Das Manifest ist aus der Feder des Herrn Huzelmann, Redakteur des „Raij jaun“ geschlossen. Dieser Herr hat vor einigen Tagen die Ehre gehabt, der Königin seine Frau vorstellen zu dürfen. Bei der Audienz bat er aus Isabellens Munde die Materialien zu dem Manifest erhalten und zu machen. Es wurde erst durch die Beleidigungen im Pavillon Sologa bekannt. Isabellens selbst gestelld das Ding nicht schlecht, aber der Pater Klar, der bei der Lettre gegenwärtig war, konnte nicht darüber hinaus kommen, daß der Verfasser zweimal das Wort Toleranz gebraucht hatte. Die Königin geriet denn auch in Schreden über die Gefahr, welche ihre Seele gelaufen, und legte sofort dem Pater Klar Beichte ab.

Wie derselbe Verfasser wissen will, hätte Herr Bertrand de Lys den Auftrag erhalten, ein orthodores Manifest zu entwerfen, welches denn noch ein gut Theil isabellinischer ausgefallen ist.

— Das Pariser „Offizielle Journal“ theilt folgende Nachrichten aus Santia go de Kubá vom 16. Januar mit:

Die Insurgenten, welche bis dahin gewissenhaft das Eigentumsrecht respektiert hatten, in der Hoffnung das Butrauen und die Sympathien der Bevölkerungen zu gewinnen, haben plötzlich eine andere Haltung angenommen. Gegenüber der öffentlichen Gleichgültigkeit haben sie sich dem System des Terrorismus zugewandt, indem sie die Abschaffung der Sklaverei forderten und der Bewegung den Charakter eines Rossenamps aufzudrücken suchten. Diese Taktik scheint indeß nicht besser zu gelingen als die frühere. Die neuen Freigefassten haben in der That die Plantagen verlassen, aber ohne irgend einen Nachhalt an ihren früheren Herren zu begehen. Andererseits hatte der Gouverneur des Departements von Santiago die Insurgenten

Statistiker sich die Mühe nehmen wollte, die Anzahl der verzehrten Pfannkuchen und getrunkenen Weine und Bowlen aller Art zu berechnen, wenn er alle gereimten und ungereimten Toaste, motivierte und unmotivierte Reden verzeichnen wollte, es würde ein Resultat geben, welches die Welt in Erstaunen setzte. Das Reden ist überhaupt eine Manier vieler Leute, der eine heilsame Beschränkung im Interesse der missköpfigen und dinirenden Nebenmenschen dringend zu wünschen wäre. Wie oft ist mir schon der schönste Braten, der delikateste Spargel kalt und ungenießbar geworden, blos, weil dieser oder jener eine Rede hielt, deren Ende er trotz massenhaft eingestreuter „Meine Damen und Herren“, trotz vieler Kunstsparren und festigen Räuspers nicht zu finden vermochte! „Singe, wem Gesang gegeben“ — aber möglichst kurz, wenn es doch einmal sein muß.

Apropos „Singen“ muß ich doch berichten, daß Frau Lucca wieder von der Newa eingetroffen ist und die alte Billetnoth hervorruft. Wenn ich Morgens am Opernhaus vorbeigehe, dessen Kasse um neun Uhr geöffnet wird, und schon stundenlang vorher sich Hunderte drängen, um ein Billet zu ersteilen, so bin ich immer der Ansicht, daß Henneberg das Motiv zu seinem berühmten Bilde „Die Jagd nach dem Glück“ von hier entnommen hat, denn es kann kein Kronpräfident mit größerem Eifer nach dem Diadem jagen, als hier die Berliner nach einem Sip im Parquet. Bei den ersten Aufführungen von Meyerbeers Africane standen die Billetbegreßenden — ich übertreibe nicht, so unglaublich es scheint — oft vom Abend zehn Uhr die Nacht hindurch bis zum nächsten Morgen, wo die Kasse geöffnet wurde, vor der Eingangstür. Das ist doch gewiß — Enthusiasmus, um mich eines parlamentarischen Ausdrucks zu bedienen.

Bom Opernhaus bis zu den Linden ist nur ein Schritt, und so gestatten Sie mir, von den letzteren, unserer Hauptstraße, einige Worte zu sagen. Man hat diese Straße an der Südseite mit einer breiten Asphaltlage gepflastert, was sehr gut aussieht, aber meines Erachtens nicht gerade praktisch ist. Bei

aus den Umgebungen der Stadt, die sie besetzt hiessen, vertrieben und durch Wiederherstellung der Verbindungen mit dem platten Lande die Rückkehr der Eigentümner in ihre Pflanzungen erleichtert. Endlich schien der vom General Balmaseda bei Baymo erzielte Sieg mächtig zur Wiederherstellung der Ordnung in diesem Theile der Insel beizutragen.

Italien.

Florenz, 13. Februar. „Nazione“ dementirt formell die über Modifikationen des Ministeriums zirkulirenden Gerüchte und erklärt, daß dieselben jeder Begründung entbehren.

Rom, 10. Februar. Die kürzlich in Umlauf gesetzte Nachricht von der Krankheit des Papstes, die bekanntlich in jedem Jahre wiederkehrt und sich auch diesmal als übertrieben erweist, hat einen Gegenstand wieder zur Sprache gebracht, der auch in englischen Blättern mehrfach behandelt wird: die Frage, wie die Nachfolgerschaft Pius IX. zu regeln sei. Die „Liberté“ bringt darüber einen Artikel, dem wir Einiges entnehmen:

Am 17. Juni nächstthin wird Pius IX. in das 24. Jahr seines Pontifikates eintreten. Unter den 258 offiziellen Päpsten, die bis jetzt den heiligen Stuhl eingekommen, haben nur drei 24 Jahre lang die Kirche beherrscht; kein einziger hat, wie St. Peter, den päpstlichen Stuhl 25 Jahre innegehabt. Es existiert bekanntlich auch in Rom eine Tradition, wonach kein Papst diese Zahl erreichen wird: Non videbis annos Petri. Pius IX. freilich hat sich dagegen verwahrt, daß dieser Satz ein Glaubensartikel sei. Dennoch aber unterliegt auch er dem Einfluß der alten Legende und glaubt, wie man versichert, daß er vor Ablauf des 24. Jahres sterben werde, obgleich seine Körperbeschaffenheit ihm eher ein langes Leben verheißt und die Familie des Papstes seit einem Hundertjährigen Reiche ist, wie denn auch mehrere seiner Tafel und seine Mutter ein Alter von mehr als 90 Jahren erreicht haben. Danach hätte Pius Aussicht, St. Peter zu überholen, denn er zählt erst 77 oder, nach Anderen, 79 Jahre. Über nicht nur die Mütter und der Papst selber denken fleißig an das non videbis annos Petri; man weiß im Vatikan sehr wohl, daß ein Theil des auswärtigen, namentlich des französischen Klerus, das Heil der katholischen Welt darin sieht, daß der gegenwärtige Wahlmodus abgeändert werde. Viele fragen sich, ob es den Interessen des Katholizismus nicht ungünstig sei, daß der Papst Italiener oder wenigstens von einem vorwiegend italienischen Kardinalskollegium gewählt sein muß. Mehrere Bischöfe denken und sagen ganz leise, die Wahl eines französischen Papstes könne nur zur Befestigung der zeitlichen Macht des heiligen Stuhles beitragen. Alles dies im Geheimen; denn die Klugheit, die bischöfliche Kardinaltugend, gestattet es nicht anders. Aber schwerlich wird es sich vermieden lassen, daß dieser Gegenstand auf dem nächsten Konzile zur Sprache kommt, und man nennt jetzt schon den Bischof Martel als denjenigen, der die Aufmerksamkeit seiner Brüder darauf lenken soll. Auch der Diplomatie sind diese Vorgänge natürlich nicht fremd; sie denkt daran, daß das non videbis zur Wahrheit werden könnte, und wird das Ihrige thun, die Bischöfe zu unterstützen.

Russland und Polen.

Petersburg, 11. Februar. Der „Reg. Bote“ veröffentlicht einen Befehl des Kriegs-Ministers, kraft dessen in Folge Allerhöchster Bestimmung auf Grund des im November 1868 gefaßten Konferenzbeschlusses die Anwendung von explodirenden oder zündenden kleinen Kugeln in der russischen Armee abgeschafft wird. — Nach der „russ. Akademie-Ztg.“ wird der Schiffbruch der Fregatte „Alexander Newski“ in diesen Tagen vor dem Ober-Militär-Tribunal der Marine verhandelt werden.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 13. Febr. Die „Turquie“ veröffentlicht eine Proklamation des neuen griechischen Ministeriums. Dieselbe schließt, der Aufstand in Kreta ist zu Gunsten der Verhandlungen, welche durch das türkische Ultimatum hervorgerufen worden, erstickt. Eine Zurückweisung der Entscheidung der Konferenz hätte nothwendig den Krieg zur Folge gehabt. Weder unsere Armee noch unsere Flotte sind kriegsbereit. Die uns jetzt aufgenötigte Ruhe verpflichtet Griechenland nicht für die Zukunft. — An heutiger Börse waren türkische Fonds steigend.

Konstantinopel, 13. Febr. Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ist mit dem Beirat vereinigt worden. Kamil Pascha ist zum Präsidenten des Staatsrats und Midbad Pascha zum Gouverneur von Bagdad ernannt. Die Leitung des neu geschaffenen Ministeriums des Innern wurde dem bisherigen Finanzminister Mehmed Ruschdi Pascha und die des Finanzministeriums Sadik Effendi übertragen. Die Ernennung des Nachfolgers Juads Pascha hat der Sultan aus Achtung für den Verstorbenen vertagt. Zur Abholung der Leiche Juads aus Nizza ist ein Schiff des Arsenals bestimmt.

Bukarest, 13. Febr. Durch Dekret des Fürsten sind die Deputirtenwahlen für die Tage vom 22. bis 28. März angeordnet. — Der „Romanul“ fordert zu Wahlbesprechungen auf.

Amerika.

— Eine große Plage für das Land ist die Masse von Ge-

nassem Wetter entwickelt sich nämlich, da das Wasser schwer einzutrocknen kann, ein ebener, breitartiger Schmutz, der zwar an Weichheit für hühneraugenbeschaffte Erdenspilzer wünschenswerth sein mag, sonst aber für die Stiefel und übrige Fußbekleidungen unerträglich ist. Trotzdem bewegt sich Alles, was sich gern zur haute volée rechnen lassen möchte, mit Konsequenz auf dieser und nicht auf der weit reinlicheren Nordseite: usus est tyrannus! — Gehen doch die Berliner im Sommer auf ihren Spaziergängen häufiger auf dem Trottoir längs des Tiergartens, wo sie von Häuslern und Neitern mit undurchdringlichen Staubwolken umhüllt werden, als quer durch den Park, der doch wenigstens in den inneren Theilen noch Stellen mit frischer Vegetation zeigt, wenn auch deren Anzahl durch Neitwege und Chausseen mit jedem Jahre mehr verringert wird. Dazu kommt noch, daß der Tiergarten von allen Seiten umbaut und bald nur noch ein Parkmitten in der Stadt sein wird, in welchem man vergeblich Wald einsamkeit und Stille sucht. Da frage ich nur, woher sollen die Berliner Lyriker ihren Stoff nehmen?

Auf eine neue Erfindung, die sich jetzt bei uns einzubürgern beginnt, nachdem sie schon längst in Paris und Wien beliebt ist, will ich schließlich noch aufmerksam machen, ich meine die Véloziplèdes oder Tretwagen, deren Gebrauch nicht blos dem Vergnügen, sondern auch der schnelleren Beförderung dient. Die Véloziplèdes, die allerdings bedeutende Geschicklichkeit und Übung erfordern, sind leicht gebaute zwei- auch dreirädrige Wagen, die von dem Fahrenden in Bewegung gesetzt auf ebenen Wegen eine Schnelligkeit bis zu zwei Meilen in der Stunde erreichen, also unser Omibus und Droschen an Geschwindigkeit weit übertragen, wozu noch kommt, daß die zum Bewegen erforderliche Kraft für den Körper eine äußerst gesunde ist. Nun, in unserer Zeit hätte ich kein Ding für unmöglich, und es soll mich gar nicht wundern, wenn man nächstens unter den Linden und im Tiergarten allgemein véloziplèdes, statt auf Schusters Nap-

pen oder in der ortssüblichen Droschke seine Promenade zu machen. Nur ist groÙe Vorsicht besonders bei den zweirädrigen anzuwenden, bei welchen es auf ein sehr sorgfältiges Balanciren ankommt, wenn man das Schicksal des beliebten Schauspielers, Herrn Tevele in Wien, vermeiden will, der sich einen doppelten Bruch des Beines zugezogen hat. — Freilich, für den Mittelstand wird diese Erfindung ihrer Kostspieligkeit wegen nicht von besonderem Nutzen sein, denn „der Mittelstand kann's nicht.“

Neben den Véloziplèdes macht auch der gelehrt Hund „Schnap'l“ hier Aufsehen, der nicht blos aus Buchstabentäfelchen vorge schriebene Namen zusammen setzt, Farben unterscheidet, tanzt und auf den Hinterbeinen Barriieren überspringt, sondern auch ein geübter Rechner in allen vier Spezies ist, und nicht fünf gerade sein läßt. Er addiert und multipliziert und dividirt mit größter Leichtigkeit und wenn man ihm selbst eine größere Zahl zum Subtrahiren giebt, er bringt stets das richtige — Defizit heraus, ein Kunststück freilich, was auch anderwärts vorkommen soll. Vielleicht bringt es dieser Bastard von einem Schäfer- und Wachtelhunde noch einmal in irgend einem Barbarenstaate Hinterasiens zum Finanzminister, nur dürfte sein alkoholfreundlicher Name seiner Karriere vielleicht Hindernisse in den Weg legen.

Es kommt im Leben bekanntlich mancher Mensch „auf den Hund“ (ein geflügeltes Wort, welches wir bekanntlich dem weiland Herzog von Friedland Wallenstein verdanken), da will ich abwechslungs halber auch einmal von dem Hund auf einen Menschen kommen, nämlich auf einen frommen Schneider Namens Mirike, der kürzlich eine religiöse Versammlung von Personen beiderlei Geschlechts berufen hatte und diesen ein „neues Religionsgesetz“ proponieren wollte, womit er alle Menschen zu Brüder zu machen gedachte u. dgl. m. Leider gelang es ihm weder seine Zuhörer über seine eigentlichen Anschauungen und Absichten aufzulären, noch für seine Theorie voll dunklen Dranges Pro-

paganda zu machen. Ja, der Schwärmer wäre schließlich wohl noch Märtyrer seines Unternehmens geworden, wenn nicht ernstliche Intervention ihn gerettet hätte. Ernstlich aufgefordert, seine neue Religion genauer zu spezialisiren und zu definiren, lebte er dies Ansinnen mit den geflügelten und charakteristischen Worten ab: „Sie verstehen mir ja doch man blos nich!“ Ein Satz, der sich mehr durch die Nichtigkeit des Gedankens, als durch die Ungezwungenheit und Schönheit der Sprache auszeichnet. Trotzdem wird er, nicht abgeschreckt durch die bisherigen Erfahrungen, seine Beklehrungsversuche fortführen und gibt mir vielleicht noch Gelegenheit, Ihnen das Weiter zu berichten.

Herr Raß (Hannover) [gegen die Vorlage] will sich weder in privat-rechtliche, noch staatsrechtliche, noch politische Gröterungen ergehen, sondern schließt sich im Wesentlichen dem an, was in der Kommission von einem disziplinären Mitgliede vorgebracht worden und wird lediglich aus diesen Gründen für das Gesetz stimmen.

Herr v. Below [für das Gesetz]: Man müsse die Sache nicht vom privat-rechtlichen, sondern vom staatsrechtlichen Standpunkte aus berachten, und von diesem Standpunkte aus sei er gegen das Amendement Lippe, auf dessen Begründung er begierig sei.

Graf Ritterberg erklärt dem Ministerpräsidenten gegenüber, daß er nicht gesagt habe, daß des Defizits halber der Vertrag von Preußen gebrochen werden solle, sondern daß, wenn der König Georg den Vertrag bricht, uns die Gelegenheit geboten wird, auch eine finanzielle Erleichterung zu gewinnen.

Graf zu Münster [gegen das Gesetz]: Der Streit, ob der König Georg zu viel oder zu wenig erhalten, ob der Abfindungsvertrag ein Staats- oder Privatvertrag sei, komme für ihn nicht in Betracht. So viel steht fest, daß durch den Vertrag das Vermögen des Königs Georg schwedende Versfahren die agnatischen Rechte an demselben, welches im Artikel 11 des Vertrages vom 29. September 1867 erwähnt sind, in keiner Weise berührt. Es findet dieses Verfahren nicht einmal auf die Rechte Anwendung, welche König Georg selbst an Kapital und Grundbesitz durch jenen Vertrag eingeräumt worden sind. Die L. Regierung würde außer Stande sein, ohne Zustimmung beider Häuser des Landtages eine Disposition bezüglich dieses Kapitals und dieses Grundbesitzes zu treffen. Die Sequestration, von der gegenwärtig allein die Rede ist, berührt nur die Dispositionsbefugnisse des gegenwärtigen Augenpaares, des Königs Georg. Ich behalte mir ein näheres Eingehen auf die Sache für die weitere Debatte vor.

Herr Raß (Hannover) [gegen die Vorlage] will sich weder in privat-rechtliche, noch staatsrechtliche, noch politische Gröterungen ergehen, sondern schließt sich im Wesentlichen dem an, was in der Kommission von einem disziplinären Mitgliede vorgebracht worden und wird lediglich aus diesen Gründen für das Gesetz stimmen.

Herr v. Below [für das Gesetz]: Man müsse die Sache nicht vom privat-rechtlichen, sondern vom staatsrechtlichen Standpunkte aus berachten, und von diesem Standpunkte aus sei er gegen das Amendement Lippe, auf dessen Begründung er begierig sei.

Graf Ritterberg erklärt dem Ministerpräsidenten gegenüber, daß er nicht gesagt habe, daß des Defizits halber der Vertrag von Preußen gebrochen werden solle, sondern daß, wenn der König Georg den Vertrag bricht, uns die Gelegenheit geboten wird, auch eine finanzielle Erleichterung zu gewinnen.

Graf zu Münster [gegen das Gesetz]: Der Streit, ob der König Georg zu viel oder zu wenig erhalten, ob der Abfindungsvertrag ein Staats- oder Privatvertrag sei, komme für ihn nicht in Betracht. So viel steht fest, daß durch den Vertrag das Vermögen des Königs Georg schwedende Versahren die agnatischen Rechte an demselben, welches im Artikel 11 des Vertrages vom 29. September 1867 erwähnt sind, in keiner Weise berührt. Es findet dieses Verfahren nicht einmal auf die Rechte Anwendung, welche König Georg selbst an Kapital und Grundbesitz durch jenen Vertrag eingeräumt worden sind. Die L. Regierung würde außer Stande sein, ohne Zustimmung beider Häuser des Landtages eine Disposition bezüglich dieses Kapitals und dieses Grundbesitzes zu treffen. Die Sequestration, von der gegenwärtig allein die Rede ist, berührt nur die Dispositionsbefugnisse des gegenwärtigen Augenpaares, des Königs Georg. Ich behalte mir ein näheres Eingehen auf die Sache für die weitere Debatte vor.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Die schmerzlichen Gefühle, welche den Herrn Vorredner bestimmen, gegen das Gesetz zustimmen, und die ihn nur mit Widerstreben an dieser Debatte sich beteiligen lassen, begreife ich vollkommen und achte sie, aber ich kann mir deshalb keine Rechtsdokumente doch nicht anzeigen. Der Vertrag mit dem König Georg ist seiner ganzen Form und Entstehung nach ein Staatsvertrag. Ich bin nicht verbunden, meine Kontraktionsurkunde unter die Privatverträge des Königs, meines allernächsten Herrn, zu setzen. Als ein Vertrag mit den Unterstrichen zweier Könige und gegengezeichnet von mir, als dem Ministerpräsidenten, als dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten dieses Landes, liegt dieser Vertrag vor, d. h. in keiner Weise in der Form eines Privatvertrags, sondern in der unbedingten Form eines Staatsvertrages. Auch seiner Entstehungsweise nach konnte dieser Vertrag nur ein Staatsvertrag sein. Wir waren Sr. M. König Georg nichts schuldig. Über die Frage, welches Privatvermögen eines Fürsten anders behandelt werden darf, als das Privatvermögen anderer Personen, und er fordert die juristischen Autoritäten des Hauses auf, ihn zu belehren, wenn er sich irrt. Wenn dies aber der Fall ist, so ist die Verordnung rechtlich nicht zu rechtfertigen. Wird der Vertrag von jener Seite gebrochen, nun, so möge man davon zurücktreten und es würde dann die Restitutio in integrum eintreten. Was von Seiten des Königs Georg geschehen ist, will ich keineswegs vertreten. Ich bedaure vielmehr, daß der König Georg in den Händen von Rathgebern ist, die ihn zu Vaterlandsverrat antreiben. Das Treiben mit der Legion verabscheue ich, halte es aber nicht für so gefährlich, wie es dargestellt wird, denn ich habe zu viel Vertrauen zu dem nationalen Geiste des deutschen Volkes. Daß die Regierung dies Treiben nicht erlaubt, damit bin ich vollständig einverstanden; aber die Mittel, welche angewandt werden sollen, gefallen mir nicht. Wenn es sich hier um eine Maßregel handelt, welche die Unterschrift eines kommandirenden Generals trüge, hätte ich nichts dagegen; da es sich hier aber um ein Gesetz handelt mit der Unterschrift des Justizministers, muß ich dagegen stimmen.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Die schmerzlichen Gefühle, welche den Herrn Vorredner bestimmen, gegen das Gesetz zustimmen, und die ihn nur mit Widerstreben an dieser Debatte sich beteiligen lassen, begreife ich vollkommen und achte sie, aber ich kann mir deshalb keine Rechtsdokumente doch nicht anzeigen. Der Vertrag mit dem König Georg ist seiner ganzen Form und Entstehung nach ein Staatsvertrag. Ich bin nicht verbunden, meine Kontraktionsurkunde unter die Privatverträge des Königs, meines allernächsten Herrn, zu setzen. Als ein Vertrag mit den Unterstrichen zweier

Könige und gegengezeichnet von mir, als dem Ministerpräsidenten, als dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten dieses Landes, liegt dieser Vertrag vor, d. h. in keiner Weise in der Form eines Privatvertrags, sondern in der unbedingten Form eines Staatsvertrages. Auch seiner Entstehungsweise nach konnte dieser Vertrag nur ein Staatsvertrag sein. Wir waren Sr. M. König Georg nichts schuldig. Über die Frage, welches Privatvermögen eines Fürsten anders behandelt werden darf, als das Privatvermögen anderer Personen, und er fordert die juristischen Autoritäten des Hauses auf, ihn zu belehren, wenn er sich irrt. Dieser Friedensschluß ist noch nicht eingetreten. Es wurde ein Waffenstillstand abgeschlossen und dieser Waffenstillstand ist von anderer Seite gebrochen. So liegt meines Erachtens die Sache rechtlich. Schuldig waren wir dem König Georg nichts. Wir haben im Interesse des Friedens ein Beispiel der Großmutter gegeben, wie es in der europäischen Geschichte mein Wissen nicht vorgekommen ist. Ich habe nicht gehört, daß die Vorfahren des Königs Georg nachdem sie das Haus Stuart vom Throne vertrieben hatten, denselben die Mittel lieferten, der königlichen Armee bei Culloden gegenüberzutreten. Ich habe nicht gehört, daß die verschiedenen Zweige des Hauses Bourbon, welche Opfer der Staatssumsturz in Frankreich geworden sind, mit einer Dotationsabgabe gefunden worden wären, die man die Absicht hätte, ihnen zu lassen, wenn sie damit etwa eine Fremdenlegion oder eine französische Legion in der Fremde gegen das eigene Land zu führen beabsichtigten. Noch weniger ist es mir wahrscheinlich, daß die spanische Regierung es für ihre Pflicht halten möchte, der Königin Isabella Mittel

paganda zu machen. Ja, der Schwärmer wäre schließlich wohl noch Märtyrer seines Unternehmens geworden, wenn nicht ernstliche Intervention ihn gerettet hätte. Ernstlich aufgefordert, seine neue Religion genauer zu spezialisiren und zu definiren, lebte er dies Ansinnen mit den geflügelten und charakteristischen Worten ab: „Sie verstehen mir ja doch man blos nich!“ Ein Satz, der sich mehr durch die Nichtigkeit des Gedankens, als durch die Ungezwungenheit und Schönheit der Sprache auszeichnet. Trotzdem wird er, nicht abgeschreckt durch die bisherigen Erfahrungen, seine Beklehrungsversuche fortführen und gibt mir vielleicht noch Gelegenheit, Ihnen das Weiter zu berichten.

Sie sehen, es passirt mancherlei Wunderliches in Spree-Athen.

* Dem Jahresbericht der deutschen Schillerstiftung pro 1868 entnehmen wir folgendes: Das Rechnungsjahr 1867 schloß mit einem Raffenbestande von 3287 Thlr 2 Sgr. und 1141 fl. 57 Kr. östr. W. Mit Hinzufügung dieses Betrages bejäsenterten sich die Einnahmen der Stiftung im Jahre 1868 auf 15,645 Thlr. 11 Sgr. 11 Pf. und 3611 fl. 46 Kr. östr. W. Diejenen Einnahmen gegenüber belaufen sich die Ausgaben auf 11,205 Thlr. 12 Sgr. 4 Pf. und 2598 fl. 76 Kr. östr. W., und zwar Unterstützungen: a) lebenslängliche 3907 Thlr. 8 Sgr. 7 Pf. und 98 fl. östr. W.; b) einmalige, ein- oder mehrjährige 6600 Thlr.: zusammen 10,507 Thlr. 8 Sgr. 7 Pf. und 98 fl. östr. W.; Gehalte: 500 Thlr.; Verwaltungskosten, Provisionen etc. 198 Thlr. 3 Sgr. 9 Pf. und 2500 fl. 76 Kr. östr. W.; zusammen 11,205 Thlr. 12 Sgr. 4 Pf. und 2598 fl. 76 Kr. östr. W.; zusammen 11,205 Thlr. 12 Sgr. 4 Pf. und 2598 fl. 76 Kr. östr. W.; zusammensetzung mit 4493 Thlr. 29 Sgr. 7 Pf. und 1012 fl. 70 Kr. schließt. Was die vom Verwaltungsrathe gewährten Unterstützungen betrifft, so zerfallen dieselben in 15 lebenslängliche mit 3907 Thlr. 8 Sgr. 7 Pf. und 98 fl. östr. W., 39 ein- oder mehrjährige Unterstützungen mit 6600 Thlr. Rechnet man hierzu, was von einzelnen Zweigstiftungen aus dem ihnen zu Gebote stehenden Zinsendrittel ihrer Einkünfte an vorübergehenden Unterstützungen gewährt wurde — zusammen 1713 Thlr. 25 Sgr. 8 Pf. und 99 fl. östr. W. —, so beträgt die Summe der von der Gesamtstiftung und den Zweigvereinen an Unterstützungen verausgabten Beträge 12,221 Thlr. 8 Sgr. 5 Pf. und 1093 fl. östr. W.

zur Bildung von Legionen zu liefern (Heiterkeit) und daß von Italien her die Bourbons durch Staatsmittel unterstützt wurden, wird schwerlich nachgewiesen werden können. Ich führe dies nur an, um Ihnen die Verachtung zu kennzeichnen, mit welcher wir die sittliche Entrüstung aufzunehmen haben, die gegen uns von feindlicher Seite so sehr geltend gemacht wird, als wenn wir einen ungerechten, gewalttätigen Akt gegen einen von uns ungerecht seines Thrones beraubten Fürsten übt. Die Art, wie heutzutage die Geschichte des Jahres 1866 dargestellt wird, ist wohl geeignet, den Glauben an historische Darstellung überhaupt zu erschüttern; wenn man sieht, was über eine Periode, die nur drei Jahre rückwärts liegt, mit Erfolg gelogen wird, so wird es einem wirklich schwer zu glauben, was aus früheren Zeiten nur durch historische Vermuthungen und Konjekturen unterstützt wird. Wenn man heute die Darstellung des Verhältnisses von Preußen zu Hannover schildern hört — und wie viele Leute nehmen dies gesetzlich hin — so sollte man glauben, Preußen wäre 1866 über Hannover hergefallen wie der Wolf über die Lämmerherde. Erinnern wir uns doch: wie war denn die Situation vor dem Kriege? Jetzt, mit dem Blick nach rückwärts sieht sich das ganz anders an; Jeder hat dort die Klugheit der Herren, die vom Rathause kommen. Es scheint jetzt so, als wenn Preußens Sieg ganz natürlich gewesen wäre, ja als ob Preußen denselben vorausgesiehen und zur Basis seiner Berechnungen gemacht hätte. Das war nicht der Glaube bis zum 3. Juli 1866, an allerwenigsten am hannoverschen Hofe und in der hannoverschen Politik. Die hannoversche Regierung hat damals früher gerätselt als Preußen; sie war eine der ersten, die schon auf die Aufforderung Österreichs am 16. März mit großer Emsigkeit zu rüsten begann, und auf unsere Frage, wogegen diese Rüstungen dienen sollten, während wir noch keinen Mann gerätselt hatten, wurde uns die mehr scherhaft als politische Antwort: „wegen der voraussichtlich schlechten Ernte beabsichtigte man das übliche Herbstmäneier diesmal im Frühjahr abzuhalten“. Ungeachtet dieses Hohnes, den nur das Gefühl der Übermacht der Koalition gegen uns eingegeben hatte, haben wir uns nicht abhalten lassen, sorgfältige Unterhandlungen mit dem Könige von Hannover zu führen und jene Rüstungen sich entwideln zu lassen, während wir nur volle Neutralität bei vollständiger Unabhängigkeit forderten. Danach wir Gott, daß unsere Gegner so vorblendet waren. Der Norddeutsche Bund wäre nicht möglich geworden, wenn der König von Hannover eingewilligt hätte. Wir fühlten uns damals bestimmt, ihm die volle Unabhängigkeit zu verbürgen nur unter der einen Bedingung, daß er neutral bleibe. Sie können daraus ersehen, wie wenig wir unserseits das blinde Vertrauen unserer Gegner in den Sieg hatten, indem uns die Aufraktfestigung einer Armee von 20,000 Mann für den Augenblick jenes Opfer wert war. Die Enttäuschungen über jene Periode, die namentlich in italienischen Schriften gegeben sind, lassen es als in hohem Grade wahrscheinlich erscheinen, daß Österreich zu dem Opfer Venetiens sich schon vor dem Kriege bereit hatte finden lassen und daß es sich nur noch um die Frage handelte, für dieses Opfer eine Entschädigung Österreichs in Deutschland zu finden, oder ob diese in Geld würde gewährt werden müssen. Wären wir besiegt worden, was damals die ganze Welt außer uns glaubte, so glaubte ich nicht, daß Schlesien das einzige Opfer gewesen wäre, mit dem wir uns hätten lösen müssen; ich glaube, daß das „Welfenreich“, die Herstellung des Reiches Heinrichs des Löwen, daß eine Ausdehnung Hannovers auf das ganze Gebiet des niedersächsischen Stammes wenigstens auf der linken Seite der Elbe damals der hannoverschen Berechnung nicht so ganz fremd war, wenn auch der unbedingte Glaube an Österreichs Sieg, der selbst nach der Schlacht von Vangenbach noch die Handlungen des Königs Georg bestimmte, hauptsächlich das entscheidende Moment für die hannoversche Politik gewesen ist. Jedenfalls machten wir in Hannover damals nicht den Eindruck siegesbewußter Croverer, die ihrerseits den Land behalten würden; man glaubte im Gegentheil, der Moment sei gekommen, um das Reg. über unserem Kopfe zusammenzuziehen; man rechnete auf die Übermacht, die der unglückliche Beschlüsse des Bundestages vom 14. Juni gegen uns ins Feld führen sollte. Mit dem verstimmenen Preußen wäre es vielleicht möglich gewesen, diejenigen deutschen Reformen, über die im Herbst 1863 in Frankfurt von den deutschen Fürsten getagt wurde, ins Leben zu führen, während ein unverstimmtes Preußen stark genug war, um durch seine einfache Abwesenheit dieses Projekt damals zu vereiteln. Sie werden mir darin einiges Urtheil zutrauen, denn es gibt keinen Mann in Preußen, der länger als ich mit der deutschen Politik beschäftigt gewesen ist; ich habe diese Koalition, die uns im Jahre 1866 siegesgewiß gegenübertrat, seit dem Jahre 1851 in Frankfurt a. M. bekämpft, und zwar zuerst in dem Bedauern, daß man uns den Frieden von Olmütz bewilligt habe, daß die Schwarzenbergische Politik nicht mit Gewalt und entschlossen durchgeführt sei, nachher in vielfachen Versuchen, bald in gemäßigterer, bald in stärkerer Weise dieselbe immer wieder zur Geltung zu bringen und schließlich in dem sicheren Glauben an die Überlegenheit der bewaffneten Übermacht, indem man die Bissern der Bundesarmee seiner Berechnung zu Grunde legte, deren Organisation aber nicht so kannte, wie wir sie kannten. — Wenn wir einer solchen Gefahr der Vernichtung entronnen, nun als Sieger das Recht in der Hand haben, die Verhältnisse zu regulieren, so kann man es wohl nicht eine gewalttätige Eroberung nennen, die derjenige, dem man das Schwert in die Hand gewungen hat, schließlich macht, wenn er an seine eigene Sicherheit denkt und sein Interesse wahrt. Was wir thaten, geschah nicht somohl, um 2 Millionen Deutsche mehr oder weniger in einen Staatskörper zu verschmelzen, sondern ganz allein um unserer eigenen Sicherheit wegen. Es war der Beweis ge liefert, daß wir in unserer geographischen Situation eine so tüchtige Truppe, wie der hannoversche Volksstamm sie liefert, bei etwaigen Kriegen nicht in unserem Rücken belassen könnten; es war unter allen Umständen eine Pflicht der Selbsterhaltung, die Wiederkehr ähnlicher Komplikationen in unserem, wie im deutschen Interesse zu verhindern. In Hannover konnte man darüber nicht im Unklaren sein. Ich selbst bin in der Lage gewesen, sowohl mit den Rathgebern, die der König Georg in der letzten Zeit seiner Regierung um sich hatte, als mit früheren, häufig die Frage zu besprechen, und ich habe ihnen jederzeit mit aller Offenheit gefaßt: Hannover hat nur eine sichere Politik; das ist diejenige, sich unabdingt an Preußen anzustellen in allen Sachen, die vorkommen. Wird Preußen geschlagen, so kann dadurch Hannover nicht viel verlieren; die politische Klugheit wird sogar dem Sieger gebieten, einen Mittelstaat auf preußische Kosten zu stärken, wenn dasselbe auch mit Preußen verbündet gewesen ist. Siegt Preußen, so gibt es keinen sichern Schutz, als den, mit Preußen verbündet gewesen zu sein. Wie kann das preußische Königshaus sich an einem Verbündeten vergreifen, mit dem es die glorreiche Erinnerung an den siebenjährigen Krieg auf siegreichen Schlachtfeldern erneuert hat? — Diese Politik war so einfach und natürlich, daß nur lediglich Verblendung, Herrschaft und persönlicher Haß die hannoverschen Staatsmänner auf diese falsche Bahn hat lenken können. Wenn wir nun, nachdem durch die Einverleibung Hannovers der Politik Genüge geschehen war, uns nach weiteren Mitteln zur Festigung des Friedens umsehen, so schien uns eins der selben vorzugsweise darin zu liegen, einem alten, meinethalben durch eigene Fehler und Verblendung gefallenen Fürstenhause eine fürstliche Stellung zu sichern, in welcher es sich mit dem Spruch trösten konnte, daß neues Leben aus den Ruinen blüht. Uns schien die natürliche Bestimmung dieses Hauses zu sein, in diesen Verhältnisse zurückzukehren, aus welchen es durch die Verschiedenheit des Erbfolgerechts in England und Hannover gerissen war und so wieder mit dem Rechte in Verbindung zu treten, welches einst in einer ebenso glorreichen Revolution wie die von 1866 durch Vorfahren des Königs Georg, durch Wilhelm von Oranien an der Spitze englischer und deutscher, auch brandenburgischer Truppen einer verderblichen Regierung entstanden waren. Kurz, wir dachten uns den König Georg mit dem Titel, den er noch führt, als Herzog von Cumberland, und waren überzeugt, daß er und seine Nachkommen nach diesem Verhältnisse entsprechend dotirt sein müsse, um mit Ehren befehlen zu können. Allein diese Erwägung hat, wie ich bereits im anderen Hause bemerkte, uns bestimmt, nicht den Glaube an irgend ein privatrechtliches Eigentum eines Kriegsfeindes, der seinen Frieden mit uns noch nicht abgeschlossen hatte. Es ist jetzt unglaublich gerade Jahresfrist, daß die königliche Regierung sowohl im anderen Hause, wie diesem gegenüber, allen ihren Einfluß auswendete, um dem Hause des Königs Georg diese Abfindung zu verschaffen, denn als „Abfindung“ sahen wir es an, daß wir so viel mehr geben, als König Georg je befiehlt hatte. Die Zweifel, die das Herrenhaus an der Beitzigkeit einer solchen Abfindung geltend machte, entstammten der Gleichzeitigkeit jener Verhandlungen mit den bekannten Borgängen in Hiesing auf der silbernen Hochzeit. Diese Zweifel mußten auch im Sinne der Regierung sehr lebendig sein. Wir konnten uns kaum noch durchsetzen, einen Fürsten, der sich noch als Kriegsfeind ansah, zur Durchführung einer solchen Fassung, der Mittel mit dennoch die Vollendung der gesetzlichen Grundlage

dieser Abfindung nicht aufhielten, so geschah dies, um keinen Zweifel an dem Ernst aufkommen zu lassen, mit dem wir die Abfindung bewilligt hatten. Wir wollten uns dem Vorwurfe nicht aussetzen, die preußische Regierung hätte eine unwürdige Komödie mit dieser ganzen Frage gespielt und wäre schließlich dann zurückgetreten. Die Lügenhaftigkeit der feindlichen Blätter würde es ohne Zweifel so dargestellt haben. Wir wollten unsern guten Willen zeigen, aber uns auch eine gesetzlich gesicherte Basis für künftige ähnliche Unterhandlungen verschaffen, wenn König Georg das Vertrauen, das wir in sein fürstliches Empfängnis hatten, daß er auch die moralischen Bedingungen des Vertrages halten würde, täuschen sollte. Wir waren überzeugt, daß in diesem Falle die Gesetzgebung des preußischen Staats uns bereitwillig die Hand bieten würde, um den Schaden, welchen der in dieser Weise herbeigeführte Bruch des Waffenstillstandes, welchen diese Täuschung des Vertrauens dem Lande zufügen könnte, in einheitlicher Beschlagnahme aller drei Faktoren der Gesetzgebung von diesem Lande abzuwehren. Daß Sie dies thun werden, meine Herren, daß Sie es bereitwillig und mit großer Majorität thun werden, darüber bin ich nicht zweifelhaft. Ich habe aber doch zur Erläuterung dieses Beschlusses, von dem ich überzeugt bin, daß Sie ihn fassen werden, die Stellung der Staatsregierung durch die eben gesprochenen Worte noch klar bezeichnen wollen. (Lebhafte Bravo.)

Dr. v. Senfft-Pilsach geht mit großer Theilnahme und Beitrübnick an die heutige Arbeit und bepricht die vorliegende Frage sodann als „alter Kriegsknecht“. Es sei unzweifelhaft, daß der König Georg, wenn er die Sache vernünftig anfängt, durch seine Legion bald 2–300 Unteroffiziere ausgebildet haben würde; und es ein Kinderspiel für ihn wäre, in wenigen Wochen eine schlagfertige Armee herzustellen; das sei seine militärische Überzeugung. Der König Georg unterstützte mit seinem Gelde viele seelschlechte Zeitungen, die Gift gegen Preußen ausstreuen, und sich so benehmen, als wenn boschige Hunde gegen wehlosen Menschen losgelassen werden. — Der König von Hannover sei, nachdem er besiegt worden, mit sehr großer Kourtoisie behandelt worden; in früheren Seiten habe man den besiegierten Fürsten ganz anders behandelt; ein Kurfürst von Sachsen sei in den Käfig gesperrt und von dem Sieger herumgeführt worden; die irischen Fürsten, die von den Engländern vertrieben worden, hätten die Schweine hüten müssen. Die besiegierten Fürsten seien früher gleich immer fortgejagt worden; von einer Entschädigung solcher Fürsten durch Millionen sage die Geschichte nichts. — Er bedauert das Schicksal Georgs. Er habe es aber selbst ver schuldet. Er habe es vergessen, daß seine Waffe in der Wilhelmstraße gestanden, er habe vergessen die alte Freundschaft Preußens, vergessen das gemeinschaftliche Blut seiner Mutter und der Königin Louise, ihrer Schwester. Er hofft, daß noch einmal die Zeit kommt, wo ihn dies schmerzt. — König Georg seye jetzt die Feindschaft fort; einem Feinde dürfe man kein Geld zu Kriegsmaterial geben.

Graf zur Lippe empfiehlt sein Amendment. Eine der gesündesten Bestimmungen der Beschlagnahme-Verordnung lag im ursprünglichen § 4, wodurch die Aufhebung der Beschlagnahme königlicher Verordnung überlassen bleibe; dies sei im Abgeordnetenhaus geändert worden. Er gebe zu, daß mit Bezug auf das Verhältnis zu dem König Georg ein Notstand existiere. Eine Abhülfe sei nötig; man dürfe aber nicht weiter gehen, als es durchaus nothwendig sei. Die Verordnung vom 2. März gehe aber zu weit, indem sie den König Georg an seinem ganzen Eigentum bestrafe. Nicht eine Beschlagnahme des Vermögens, sondern eine Suspensionsierung der im Vertrage an den König Georg stipulierte Leistungen lasse sich rechtfertigen. Dies solle sein Gesetzesvor schlag ermöglichen, der den Rechtsweg bei Verfolgung dieser Ansprüche des Königs Georg ausschließen solle. Dies sei der Standpunkt der Mäßigung und des Rechts. Man möge immer eingedenkt sein der Worte: „Justitia est fundamentum regnum“.

Die Generaldiskussion wird geschlossen. Berichterstatter v. Brünneck bekämpft das Amendment Lippe. Es entpuppt sich eine sehr lange Debatte darüber, ob über das Amendment Lippe zuerst abgestimmt werden soll. — Da der Präsident Graf Stolberg selbst zweifelhaft darüber zu sein scheint, erklärt

Graf zur Lippe: Ich glaube diese Diskussion am besten dadurch abzurunden zu können, daß ich mein Amendment zurückziehe. (Große Heiterkeit.) Mit großer Majorität wird darauf der Verordnung vom 2. März 1868 die Zustimmung ertheilt (dagegen u. A. Rasch, Graf zu Münster, Graf zur Lippe); (Graf Borries ist nicht im Hause anwesend); mit derselben Majorität werden die einzelnen Paragraphen des Gesetzes genehmigt. Ein Antrag auf namenlose Abstimmung über den ganzen Kommissionssatz wird nicht ausreichend unterstützt; derselbe sodann mit großer Majorität angenommen.

Es folgt der Bericht der XII. Kommission über das Gesetz, betreffend die Beschlagnahme des Vermögens des ehemaligen Kurfürsten von Hessen. Die Kommission beantragt auch hier, das Gesetz in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung anzunehmen.

Referent v. Meding vertheidigt die Vorlage, die Schutz für das Vaterland gewähren solle.

Das Gesetz wird sodann in seinen einzelnen Paragraphen mit großer Majorität angenommen; dagegen u. A. Graf zur Lippe.) Schluß 2 Uhr. — Nächste Sitzung unbestimmt.

49. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 12. Februar. Eröffnung um 10½ Uhr. Am Ministertisch v. Izenplitz und einige Regierungskommissare. Der Handelsminister von Izenplitz legt dem Hause einen mit der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft abgeschlossenen Vertrag vor, nach welchem dem Staate die völlig freie Disposition über den Oberschlesischen Garantiefond eingeräumt wird. Derselbe wird zur Berücksichtigung bei der Berathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Dispositionsstellung des Oberschlesischen Garantiefonds den vereinigten Kommissionen für Finanzen und Handel überwiesen. Der Hansminister bittet um thunlichste Beschleunigung, damit das Gesetz noch in diesem Monat erledigt werde, weil es für die Eisenbahndisposition von hoher Bedeutung sei, sobald als möglich mit Anschaffung von neuem Betriebsmaterial und Erweiterung einzelner Bahnhöfe vorgezogen.

Abg. v. Bonin (Genthin) erklärt, daß die Kommissionsberathung über den Gesetzentwurf bereits so weit gediehen sei, daß dieselbe auf die Tagessitzung der nächsten Sitzung gestellt werden könne.

Das Haus tritt hierauf in die Tagessitzung, Fortsetzung der Berathung des Berichts über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Konkurrenzordnung vom 8. Mai 1855. Die Spezialdebatte wird bei § 56 aufgenommen, derselbe lautet: Wenn eine Forderung ungetheilt auf mehrere Grundstücke lastet, die sämlich oder von denen eins oder mehrere zur Konkurrenzmasse gehören, so ist bei der Vertheilung der Kaufgelder nach folgenden Grundzügen zu verfahren: 1) Der Gläubiger ist berechtigt, sich an die Kaufgelder jedes einzelnen Grundstückes wegen seiner ganzen Forderung zu halten. 2) Soweit der Gläubiger aus den Kaufgeldern eines Grundstücks seine Befriedigung erhält, erlischt die Korrealhypothek auf den mitverhafteten Grundstücken und ist die Lösung derselben im hypothekenbuch vom Substaatsnotar zu erledigen.

Referent Lesser bestreitet die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage. Die Missstände aus der Anwendung des § 56 der Konkurrenzordnung hätten sich gesteigert, seitdem die Praxis der meisten Gerichte angenommen, daß § 395 der Konkurrenzordnung nicht auf den Fall zu beschränken, wenn die mehreren Grundstücke demselben Eigentümer und derzeitigen Eignenden gehören. Die Schwierigkeiten seien namentlich in den Gegenden fühlbar, wo viel parzelliert werde; und da dieser Umstand den Realcredit schädige, so sei mit einer Änderung so schnell als möglich vorzugehen. Die Befürchtung, daß man damit der Gesetzgebung des Bundes voreile, liege ziemlich fern, da es sehr zweifelhaft sei, ob eine Norddeutsche Konkurrenzordnung bestimmungen über die Rangordnung der Realgläubiger in Beziehung auf Immobilien überhaupt enthalten werde.

Abg. Tweten vertritt die Streichung der vorgeschlagenen Änderung des § 56, da durch dieselbe dem Gläubiger bei der Auswahl seines Schuldners eine zu große Willkür eingeräumt und der Realcredit geschädigt werde, indem die später eingetragenen Hypotheken durch die Ungewissheit, ob von dem Grundstücke die ganze Summe gehoben werde, in ihrem Werthe schwanken würden.

Regierungs-Kommissar Dr. Förster erklärt, daß gerade dieser Punkt seit zehn Jahren Gegenstand eingehender Erwägung seitens der Staatsregierung gewesen sei, und deduzirt sodann in längerer Ausführung, daß die Korrealhypothek dem Systeme sowohl preußischen wie des gemeinen Rechts entspreche.

Abg. v. Seydelow: Die Aufhebung der Korrealhypothek, wie sie der Abg. Tweten wolle, widerspreche dem bisherigen Hypothekenverkehr und es liege nicht im Interesse des Kreids oder der Bodenlultur, durch das Verbot der Korrealhypothek die Parzellierung der Grundstücke zu erschweren.

Abg. Waldeck betont vor Allem die Einheit des Rechtssystems; er führt weiter aus, daß in den bestehenden Verhältnissen durch partielle Anerkennung unserer Gesetzgebung Missstände entstehen würden; Unrecht gegen den Gläubiger wäre dabei unvermeidlich, da sie aus mehreren Grundstücken bestehen, jetzt in die Stelle zu setzen, sei vorläufig die Korrealhypothek beizubehalten.

Nachdem der Referent die Vorlage noch einmal vertheidigt, wird dieselbe unverändert angenommen. In allen übrigen Bestimmungen tritt das Haus den Anträgen der Kommission ohne Debatte bei und nimmt schließlich das Gesetz im Ganzen einstimmig an.

In wiederholter Abstimmung wird hierauf der in der letzten Sitzung angenommene Gesetzentwurf, betreffend die Umwandlung des Erbanteile-, Erbzins-, Erbpacht-Verhältnisses in Nassau und Hessen mit dem Amendment Braun definitiv angenommen.

Es folgt der Bericht der Justizkommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Ausstellung gerichtlicher Erbscheinungen.

Referent Baehr (Kassel) befürwortet die vor dem Herrenhause beschlossenen Modifikationen der vor dem Herrenhause beschlossenen Fassung der Vorlage.

(Hierzu zwei Beilagen.)

Abg. Roscher wünscht eine weitergehende Berücksichtigung der Rechte des "wahren Erben", als sie der Gesetzentwurf enthält, und kritisiert das als Novelle zum Landrecht bezeichnete Gesetz, welches dem strikten Rechte widerspreche, im § 6 das gemeine Recht auf den Kopf stelle und nur durch die Verbesserungen des Herrenhauses und der Kommission einigermaßen geringfügig gemacht worden sei.

Jusfuminister Leonhardt: Schon im Herrenhause habe er bemerkt, daß der Gesetzentwurf mehrfache Bedenken erregen könne, die vom streng juristischen Standpunkt unwiderrückbar seien. Es fragt sich jedoch, ob der bona fide - Verkehrs im gewöhnlichen Leben nicht auch eine hervorragende Berücksichtigung verdient gegenüber den juristischen Prinzipien; das stricte jus lassit sich nicht überall streng durchführen. Schwierigkeiten werde in dem Gesetz nur der kritisirende Jurist, nicht der in der Mitte der praktischen Lebensverhältnisse stehende Richter finden. Mit Ausnahme einiger von dem Obergericht in Celle erhobenen Bedenken habe der Entwurf bei allen obersten Gerichtshöfen eine fast ungeheilte Zustimmung gefunden. Es handelt sich darum, dem Gedanken des Landrechts eine weitere Ausdehnung zu geben, wie man aber das Gesetz eine Novelle zum Landrecht nennen könne, sei unerfindlich. Der Vorwurf, daß der § 6 das gemeine Recht auf den Kopf stelle, sei ohne jede Begründung geblieben und thatsfäglich unrichtig; durch die Ammendements des Herrenhauses und der Kommission können derfelbe dem Vorredner unmöglich erst genießbar gemacht worden sein, denn diese Ammendements seien rein redaktioneller Natur. Sie führen in das Gesetz eine gesuchte Kürze, die ihm (dem Minister) selbst gar nicht zusage. Sollte mehr hinzugelegt werden als eine Fassungsänderung, so müsse er denselben mit aller Bestimmtheit entgegentreten. Die Bestimmungen der Vorlage hätten sich im praktischen Leben bereits bewährt; man dürfe erwarten, daß sie es auch in ihrer weiteren Ausdehnung thun würden.

Nach kurzer Debatte, die sich auf verschiedene Einzelbestimmungen des Gesetzes bezieht, wird die Generaldiskussion geschlossen.

Eine längere Spezialdebatte rastet § 3 hervor. Derselbe lautet: „Der Antragsteller hat den Tod des Erblassers und das persönliche Verhältnis zu ihm, auf welchem sein Erbrecht beruht, soweit es nicht notorisch ist, durch öffentliche Urkunden oder, wo solche gar nicht oder schwer zu beschaffen sind, durch Zeugen, wohin auch Notaritätszeugen zu rechnen, überzeugend nachzuweisen. Der Erbe hat dem Gericht eine eidesstattliche Versicherung, daß ihm andere gleichnähr oder nähere Erben nicht bekannt seien, er auch nicht wisse, daß der Erblasser eine lebenswillige Verfügung hinterlassen habe, abzugeben. Diese Erklärung muß zu gerichtlichem oder notariellem Protokoll aufgenommen sein.“ Sind mehrere Erben vorhanden, so bleibt es dem Ermessen des Gerichts überlassen, diese Versicherung von allen oder nur von einem oder mehreren Miterben zu verlangen. — Zur Ergänzung des Nachweises kann das Gericht geeignetenfalls ein öffentliches Aufgebot der unbekannten Erben erlassen.“

Hierzu beantragt Abg. Lasse: a) statt der Worte „soweit es nicht notorisch ist“ zu setzen: „soweit die Thatsachen nicht notorisch sind“ — und b) als Abzug 4 einzuschalten:

In den Landesheilten des gemeinen Rechts wird hinsichtlich einer bei der Erbschaft in Betracht kommenden Person, welche beim Unfall der Erbschaft das siebzigste Lebensjahr überschritten haben würde, und von deren Leben oder Tod keine Nachricht zu erhalten ist, angenommen, daß sie den Unfall der Erbschaft nicht erlebt habe.

Beide Ammendements werden angenommen. Alle sonstigen Anträge werden abgelehnt.

Im § 9 (Wenn in einer lebenswilligen Verfügung die Erben nicht mit derjenigen Bestimmtheit, welche zur Belebung der Legitimation erforderlich ist, bezeichnet worden sind, so können dieselben bei dem zuständigen Gericht auf Ausstellung einer ergänzenden Bescheinigung antragen — wird auf den Antrag des Abg. Haack unter Zustimmung der Regierung hinter dem Worte „Erben“ eingefügt: „oder sonstige Berechtigte.“) Im Übrigen tritt das Haus allen Vorschlägen der Kommission bei und nimmt sodann das Gesetz im Ganzen an. Die große Zahl abgelehnter Ammendements übersehen wir.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Gemeindekommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Vereinigung der Vorstädte von Celle mit der Stadtgemeinde Celle. Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte angenommen.

Um 8½ Uhr wird der Ruf nach Vertagung laut; der Präsident von Hörkenberg erklärt es jedoch für dringend notwendig, daß mindestens noch der nächste Gegenstand der Tagesordnung erledigt werde. Die große Zahl der noch vorliegenden Petitionen (2300) werde es sogar erforderlich machen, daß von der nächsten Woche an die Abende zu den Sitzungen zu Hülfe genommen würden.

Das Haus geht somit zur Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Beschränkungen der Zahlungsleistung mittelst fremden Papiergeldes und ähnlicher Wertzeichen in den neu erworbenen Landesheilten über.

Abg. Richter (Königsberg) [gegen das Gesetz]: Es wird Ihnen zugemutet, zwei Gesetze für die alten Landesheile, die schon vorher schlecht waren und in den alten Landesheilten obsolet geworden sind, auf die neuen Landesheile auszudehnen. Ich würde der Regierung sehr dankbar sein, wenn sie mittheile, ob und wie viel Anlagen auf Grund dieser Strafbestimmungen eingeleitet werden sind. Ob die Zahl nur groß oder klein ist, so viel steht fest, daß sie verschwindet gegen die Zahl der Überreizungen. Sie alle in diesem Hause — ich nehme die Staatsanwälte und Oberstaatsanwälte nicht aus — haben das Gesetz mehr oder weniger übertreten. (Widerspruch rechts.) Raum findet Sie hinter den Vorhängen des Saales verschwunden, so übertraten Sie es. Wenn der Restaurator des Hauses als Beuge vorgeladen würde, würde er wohl befinden müssen, daß wir allzumal Sünden sind. (Heiterkeit.) Ja, ein solches Beugnis haben wir wohl gar nicht nötig. Wenn es dem Herrn Präsidenten gefallen sollte, die Mitglieder des Hauses aufzufordern, den Inhalt ihrer Portemonnaies auf dem Tische des Hauses auszuschütten, (Große Heiterkeit) so würden sie sehen, daß wir in dem Augenblide, wo wir etwas verbieten, selbst die verbrecherischen Werkzeuge in der Hand haben, um das Gesetz zu umgehen. Das kann nicht dazu beitragen, um die Achtung vor den Landesgesetzen zu erhöhen. Die Folge davon ist die Gleichgültigkeit auch gegen andere Gesetze, deren Umgehung gefährlicher werden kann, wie das vorliegende. (Redner ging sodann näher auf die Entstehungsgründe des Gesetzes ein und kritisierte die Motive der Vorlage.) Ein solches Verbot hat absolut keinen Zweck. Das Publikum weiß sehr wohl zu unterscheiden den verschiedenen Wert der Wertzeichen. Die Motive der Regierung gehen aber von der Anschauung des Ministers Kochow von dem bekräftigten Unterthanenverständniß aus. (Oho! rechts.) Ja wohl, die Motive sprechen dem großen Publikum ausdrücklich das selbstständige Urtheil ab. Man führt als Grund auch das Agio an, dem das ausländische Papier unterliege. Nun, die preußischen Kassenanweisungen waren im Jahre 1866 auch einem Agio unterworfen (Widerspruch rechts); wer das nicht weiß, möge es in dem amtlich beglaubigten Handelskammerberichten nachlesen. Ich glaube es ganz gern, daß eine gewisse Kategorie von Geschäftsmännern ein solches Verbot wünscht. Wenn sie aber in Folge dessen heute die ausländischen Kassencheine verbieten, so wird man morgen ein Gesetz verlangen, das die Kupons als Zahlungsmittel verbietet, und übermorgen ein Gesetz, welches verbietet Wechsel in Zahlung zu geben. Wenn sich der Gesetzgeber auf solche Dinge erst einläßt, kommt er auf eine schlechte Ebene. Der Gehörte liegt ganz wo anders, in unsern gesammten Handelsverhältnissen; den können wir durch ein solches Gesetz nicht verbessern; ein solches Gesetz befördert nur die Erweiterung des preußischen Bankmonopols. In der Kommission ist als Motiv für das Gesetz u. a. angegeben worden die projektierte Bank in Oldenburg. In Oldenburg hat man aber das Gesetz wieder damit motivirt, daß durch das Monopol der preußischen Bank der Status des Geldverkehrs bedeutend verändert worden wäre. Man hat nun erzählt, daß der Bundeskanzler an die oldenburgische Regierung eine freudig-festliche Warnung, ja eine Drohung von Repressalien habe ergehen lassen. Die Warnung ist nicht beachtet worden; nun kommt das Gesetz. Will sich der preußische Handelsminister zum Exekutor des Bundeskanzlers hergeben, so wollen wir ihm wenigstens nicht auf dieser Bahn folgen. Mit der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution: „Die Regierung aufzufordern, auf eine valdige Regelung des Bank- und Münzwesens im Wege der Bundesgesetzgebung hinzuwirken“, bin ich vollständig einverstanden. Die Annahme eines solchen Gesetzes wird aber die Ausführung der Resolution durchaus nicht beschleunigen. Der Grund, daß das Gesetz ja bisher bei uns gegolten hat, kann nicht maßgebend sein. Wenn die Landratskammer in der Gesetzgebung

einmal gequälfaltet hat, so ist kein Grund für uns vorhanden, bei der neuen Gesetzgebung die Quälfalte fortzusetzen. (Beifall links.)

Abg. v. Unruh: Ich gebe zu, daß das Verbot der fremden Kassencheine im Jahre 1855 einen übeln Eindruck machte; dieser Eindruck war aber ein schnell vorübergehender. In einzelnen Landesheilten, namentlich in der Provinz Sachsen, führte früher viel mehr ausländisches Papiergeld als preußisches, ohne daß man über die Güte der Papiere irgend etwas wußte. Die Einwirkungen des Gesetzes von 1855 haben diese Verhältnisse bedeutend gebessert, und namentlich im Jahre 1859 bei der Mobilisierung wuchsen alle Kaufleute es der Regierung Dank, daß sie durch das Gesetz einem bedeutenden Sinken des Papiergeldes vorgebeugt hatte. Einige kleine Banken mögen unter dem Verbot allerdings vielleicht leiden, wenn aber dem gegenüber das Privilegium der preußischen Bank zu unbegrenzter Notenausgabe hervorgehoben wird, so glaube ich doch die schwere Vorauflage aus sprechen zu dürfen, daß dieses Privilegium in Zukunft nicht wieder erneuert werden wird. Jeder Staat sollt für sich selbst; durch Annahme des Entwurfs werden Sie den neuen Provinzen keinen Schaden zufügen, sondern eine Wohlthat erweisen.

Abg. v. Decken: Mit dem Gesetz wollte man nicht in fremde Verhältnisse eingreifen, sondern nur sich selbst schützen. So ist es auch heute, wo es sich darum handelt, das Gesetz auf die neuen Provinzen auszudehnen. Die Nothwendigkeit dieser Maßregel erhebt aus folgender That: Ein der kleinsten deutschen Staaten stand vor Kurzem im Begriffe, eine Million à 1 und 5 Thaler Papiergeld auszugeben und dieser Plan scheiterte nur an der Abneigung hiesiger Finanzkräfte, die Hand zu dieser Maßregel zu bieten; und das Projekt kann binnen Kurzem von Neuem aufgenommen werden. Unter solchen Umständen liegt die Nothwendigkeit einer Bestimmung, wie sie das vorliegende Gesetz trifft, wohl auf der Hand. Sie tritt um so schärfer hervor, wenn man gleichzeitig berücksichtigt, daß ein großer Theil der kleineren Banken als Basis zur Einlösung ihrer Raten nicht allein — wie die preußische Bank — nur Silber und blonde Thaler, sondern auch von andern Banken einzulösende Noten zuläßt. Für den Fall einer Krise liegt also die Gefahr nahe, daß eine allgemeine Silbernot eintritt und die preußische Bank die einzige Quelle bietet, aus der man zu schöpfen sucht. Vergrößern Sie diese Gefahr, die namentlich für den kleinen Mann eine sehr bedenkliche werden kann, nicht durch Ablehnung der Vorlage; ich hoffe auf Ihre einmütige Zustimmung. (Beifall.)

In der Spezialdebatte spricht für § 1

Abg. Dr. Gaucker: Er hat es nie verstehen können, wie ein Staat es seinen eigenen Angehörigen untersagen könne, papierene Werthzeichen auszugeben und fremden Staaten dies zu erlauben, deren Vermögensverhältnisse zu untersuchen doch nicht möglich sei. Ein Arbeiter könne die Annahme solchen Geldes schwer verweigern, wenn er sich nicht einer, wenn auch indirekten, Bestrafung durch den Arbeitgeber ausgesetzt. man müsse deshalb auch eine Strafe festlegen für den, der solches Geld in Bagung zu geben versucht. Er bittet um Annahme der Vorlage.

Das ganze Gesetz wird mit dem 1. Mai 1869 als Einführungstermin (die Regierung hatte 1. Juli d. J. empfohlen) gegen die Stimmen der Fortschrittspartei angenommen, dagegen die Resolution einstimmig.

Schluss 4½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr.

Zweiter Kongress Norddeutscher Landwirthe.

(Sechste Sitzung.)

4 Berlin, 13. Februar. Präsident hr. v. Saenger eröffnet die Sitzung der bereits stark gelockten Versammlung mit geschäftlichen Erörterungen und der Mittheilung, daß zum gegenwärtigen Kongress 457 Mitglieder und als lebenslängliche Teilnehmer (nach dem v. Benda'schen Antrage) 150 Herren sich gemeldet haben und eingezeichnet sind.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl des neuen geschäftsführenden Ausschusses. Hierzu wird zunächst auf Vorschlag des Präsidenten genehmigt, daß der nach dem Statut aus 12 gewählten, 6 kooptierten Mitgliedern zusammenzusegende Ausschuss der vielen ihm übertragenen Geschäfte halber diesmal das Recht zur Kooperation von noch weiteren 6 Mitgliedern, also zur Ergänzung auf 24 Mitglieder erhalten soll. Dieselbe ergibt: Von 167 abgegebenen Stimmen haben erhalten die Herren v. Saenger (Grabow) 164, v. Benda (Rudow) 158, v. Seiler (Sachsen) 143, v. Pogge (Miedenburg) 141, Nod (Berlin) 130, Sombart (Grimmen) 126, v. Wedell (Pommern) 113, v. Behr (Pommern) 95, Schumacher (Mecklenburg) 74, Rader (Oldenburg) 70, v. Raith (Rheinland) 69, Elsner von Gronow 68.

Während der Prüfung des Wahlausfalls kommt der Antrag des Herrn Löper (Stettin) zur Verhandlung: „Der Kongress der norddeutschen Landwirthe wolle zu seinen Sitzungen volkswirtschaftliche Kapazitäten einladen,“ und wird ohne Diskussion angenommen.

Zwei Anträge zur Geschäftsausordnung der Kommissionsberathungen, die demnächst verhandelt werden, erfahren Ablehnung: und hierauf wird in der am Freitag abgebrochenen Verhandlung über die Frage der Raum- resp. Rohstoff- oder Fabrikatsteuer fortgesetzt.

Desconomist Kraemer tritt für Fabrikatsteuer gegen die von ihm als ungerecht bezeichnete Raum- und Rohstoffsteuer ein, die nur dem durch geeignete Bodenprodukt Begünstigten zu gute komme, und nennet notwendig, auch die Hefebrennereien der südländischen Staaten und Provinzen Deutschlands mittels der Besteigung der diesen nachtheiligen Maischraumsteuer zu stützen. Nur bei der Fabrikatsteuer ermöglicht die vollständige Ausnutzung des Bodens zur Produktion des höchsten Maizes von Nahrungsmitteln. Zugleich stützt sich Redner für sein Votum auf die Verhüttungen, die in den Zollvertragsbestimmungen enthalten seien. Seine Ausführungen werden von lebhaftem Beifall begrüßt.

Ein anderer Redner (hr. Sachsen), der des guten Bodens der südländischen Provinzen wegen nicht die Landwirtschaft Norddeutschlands ruinieren will, obgleich er selber Befürworter solchen guten Bodens sei; und nachdem noch hr. Bück (Ostpreußen) unter Hervorhebung der seiner Ansicht nach durch Fabrikatsteuer besser geförderten Interessen der kleineren Besitzer für diese Steuerform gesprochen hat, tritt Schluss der Generaldiskussion ein, und hiernächst das resümirende Plaidoyer des Referenten hrn. Niendorf, welcher den Gerberdamms auch für den fahrbaren Zustand derselben zu sorgen habe; der Militärfiskus dagegen soll, wie wir hören, sich dazu bereit erklären, jedoch auch den Wunsch ausgedrückt haben, diese Straße dann nur für militärische Zwecke benutzen zu dürfen. Jedenfalls wird diese Angelegenheit so lange in der Schwebebleiben, bis der neue Eisenbahndamm für die Posen-Thorn-Bromberger Bahn, welcher den Gerberdamm durchschneiden soll, angelegt sein wird. Es wird dann jedenfalls eine Rampe von dem letzteren zum Eisenbahndamm emporgeführt werden müssen, und ehe diese Angelegenheit definitiv geregelt sein wird, dürfte auch eine Regulirung, Erhöhung, Pfisterung oder Chausseirung des Gerberdammes, die nicht ohne bedeutende Kosten auszuführen sein würde, unzweckmäßig erscheinen.

Der Fischmarkt befindet sich hauptsächlich bei andauerndem Regenwetter in einem oft fast ganz unfahrbaren Zustande. Seitdem zuletzt vor einigen Jahren der Bauhut vom abgebrochenen Dominikanerkloster auf diesen Damm gefahren wurde, ist leider bisher wenig für denselben gethan.

Militärfiskus und Kommune sind im Streite darüber, wer denn eigentlich für die Unterhaltung dieser Straße zu sorgen habe; die städtische Verwaltung geht dabei von der Ansicht aus, daß der Militärfiskus als Eigentümer des Gerberdammes auch für den fahrbaren Zustand derselben zu sorgen habe; der Militärfiskus dagegen soll, wie wir hören, sich dazu bereit erklären, jedoch auch den Wunsch ausgedrückt haben, diese Straße dann nur für militärische Zwecke benutzen zu dürfen. Jedenfalls wird diese Angelegenheit so lange in der Schwebebleiben, bis der neue Eisenbahndamm für die Posen-Thorn-Bromberger Bahn, welcher den Gerberdamm durchschneiden soll, angelegt sein wird. Es wird dann jedenfalls eine Rampe von dem letzteren zum Eisenbahndamm emporgeführt werden müssen, und ehe diese Angelegenheit definitiv geregelt sein wird, dürfte auch eine Regulirung, Erhöhung, Pfisterung oder Chausseirung des Gerberdammes, die nicht ohne bedeutende Kosten auszuführen sein würde, unzweckmäßig erscheinen.

Der Fischmarkt wird bekanntlich seitdem im vergangenen Jahre

der Sapiehateich zugeschüttet worden ist, auf dem Wronkerbor-Platz längs der Boddauka abgehalten.

Während nun früher die Fischer an den Besitzer des Mühlengrundstückes auf die Seite der Straße hörten, dem auch der Sapiehateich gehörte, eine nicht unbedeutende Abgabe zu zahlen hatten, beansprucht der Magistrat für Benutzung des Wasserstandes, welchen er speziell zu diesem Zweck auf dem Wronkerborplatz hat aufstellen lassen, eine Abgabe, die in Wahrheit geringer ist, als die Abgabe, welche früher die Fischer an den Besitzer des Mühlengrundstückes zu zahlen hatten, nämlich jährlich 5 Thlr. von hiesigen, 3 Thlr. von auswärtigen Fischern, 2½ Sgr. für einmaligen Gebrauch. Die Fischerinnung hat nun beschlossen, diese Abgabe zu zahlen, wenn ihnen wieder ihr Stelle auf dem Sapiehateich eingeräumt wird.

Die Derektion der Wasserstände wird dagegen den Wasserständen für alle diejenigen Fischer absperren, welche sich nicht im Laufe dieser Tage zur Zahlung der Abgabe bereit erklären.

Jedenfalls ist der Platz, welcher gegenwärtig als Fischmarkt benutzt wird, schon wegen des abhängigen Terrains und der auf demselben herrschenden bedeutenden Nässe zu diesem Zwecke nicht recht geeignet; auch der städtische Verwaltungsbereich pro 1867 f. 68 erkennt dies (s. S. 9) an, bezeichnet die Verlegung nur als vorläufige, und hält eine Änderung der gegenwärtigen Einrichtung für notwendig.

Es wäre sowohl im Interesse des Posen als auch der Fischer zu wünschen, daß endlich ein vollkommen geeigneter Platz zum Fischmarkt eingerichtet würde.

Der Fischmarkt wird bekanntlich seitdem im vergangenen Jahre

der Sapiehateich zugeschüttet worden ist, auf dem Wronkerbor-Platz längs

der Boddauka abgehalten.

Während nun früher die Fischer an den Besitzer des Mühlengrundstückes auf die Seite der Straße hörten, dem auch der Sapiehateich gehörte, eine nicht unbedeutende Abgabe zu zahlen hatten, beansprucht der Magistrat für Benutzung des Wasserstandes, welchen er speziell zu diesem Zweck auf dem Wronkerborplatz hat aufstellen lassen, eine Abgabe, die in Wahrheit geringer ist, als die Abgabe, welche früher die Fischer an den Besitzer des Mühlengrundstückes zu zahlen hatten, nämlich jährlich 5 Thlr. von hiesigen, 3 Thlr. von auswärtigen Fischern, 2½ Sgr. für einmaligen Gebrauch. Die Fischerinnung hat nun beschlossen, diese Abgabe zu zahlen, wenn ihnen wieder ihr Stelle auf dem Sapiehateich eingeräumt wird.

Die Derektion der Wasserstände wird dagegen den Wasserständen für alle diejenigen Fischer absperren, welche sich nicht im Laufe dieser Tage zur Zahlung der Abgabe bereit erklären.

Jedenfalls ist der Platz, welcher gegenwärtig als Fischmarkt benutzt wird, schon wegen des abhängigen Terrains und der auf demselben herrschenden bedeutenden Nässe zu diesem Zwecke nicht recht geeignet; auch der städtische Verwaltungsbereich pro 1867 f. 68 erkennt dies (s. S. 9) an, bezeichnet die Verlegung nur als vorläufige, und hält eine Änderung der gegenwärtigen Einrichtung für notwendig.

Es wäre sowohl im Interesse des Posen als auch der Fischer zu wünschen, daß endlich ein vollkommen geeigneter Platz zum Fischmarkt eingerichtet würde.

Der Fischmarkt wird bekanntlich seitdem im vergangenen Jahre

der Sapiehateich zugeschüttet worden ist, auf dem Wronkerbor-Platz längs

der Boddauka abgehalten.

Während nun früher die Fischer an den Besitzer des Mühlengrundstückes auf die Seite der Straße hörten, dem auch der Sapiehateich gehörte, eine nicht unbedeutende Abgabe zu zahlen hatten, beansprucht der Magistrat für Benutzung des Wasserstandes, welchen er speziell zu diesem Zweck auf dem Wronkerborplatz hat aufstellen lassen, eine Abgabe, die in Wahrheit geringer ist, als die Abgabe, welche früher die Fischer an den Besitzer des Mühlengrundstückes zu zahlen hatten, nämlich jährlich 5 Thlr. von hiesigen, 3 Thlr. von auswärtigen Fischern, 2½ Sgr. für einmaligen

Kreis Birnbaum, 12. Februar. Nach dem soeben erschienenen 26. Jahresbericht über die Rettungs- und Waisenanstalt zu Rostitten befindet sich im Jahre 1868 in erwähnter Anzahl 43 Böglinge. Durch die Fürsorge des Herrn Oberst v. Endevoit ist es möglich geworden, mit dem Ankauf von 12 eisernen Bettstellen einen Anfang zu machen. Die Anschaffung eines Instruments hat im vorigen Jahre durch den Bau einer kleinen soliden Haussorgel ihre Erledigung gefunden. Durch die Huld Sr. M. des Königs ist auf Verwendung des zum Besten der Anstalt unermüdlich thätigen Herrn Oberpräsidenten v. Horn derselben ein Gnaden geschenkt von 400 Thlr. gewährt worden. Die Einnahme pro 1868 beläuft sich inkl. des Bestandes aus 1867 von 104 Thlr. auf 228 Thlr. Darunter an Beiträgen 280 Thlr.; Unterstüzung aus dem Regierungsschul fond 100 Thlr.; aus dem v. Kottwitz'schen fond 620 Thlr.; Legatszinsen 237 Thlr.; Erziehungsgelder 100 Thlr.; Kirchenkollekte 225 Thlr.; Beiträge der Kreisstände 142 Thlr.; aus der Aufstaltswirthschaft 90 Thlr.; Gechenke 336 Thlr., worunter von Frau v. Willich-Gorzy: Ertrag einer zum Besten des Hauses veranstalteten Lotterie 207 Thlr. Nach Deckung der Ausgaben von 2080 Thlr. verblieb ein Rassenbestand von 138 Thlr.; der Bestand der Legate beträgt 4996 Thlr.

11. **Wlesien**, 12. Februar. Nachdem sich neuerdings die bereits seit einigen Jahren mit den Behörden gepflogenen Verhandlungen wegen Errichtung eines eigenen Schulsystems in Jawidowice für die Kinder der östlichen Theile des Kreises zerstreut lebenden evangelischen Haussväter wegen Mangel an Fonds definitiv zerschlagen haben, soll jetzt die Absicht vorliegen denselben in der Schule zu Lenartowice evang. Religionsunterricht ertheilen zu lassen. Trotzdem eine Entschädigung von 30 bis 40 Thlr. in Aussicht gestellt wird, so will sich doch keiner von den hiesigen evang. Lehrern bereit finden lassen, die Ertheilung derselben zu übernehmen. Wahrscheinlich werden sie nachträglich von Amitswegen auf Grund ihrer votationsfähigen Verpflichtung dazu gezwungen werden. Vor einigen Tagen fand sich bei einem Geschäftsmann ein schlichter Landmann ein, der sich für den Besitzer einer schuldenfreien Besitzung in einem nahen Haulande ausgab und dringend um ein Darlehen bat. Da sich nach Ausweis der Hypothekenbücher seine Angaben bestätigten, erhielt er gegen Aushändigung eines Sola-Wechsels 50 Thaler. Der Darlehnsnehmer war aber, wie sich nachträglich herausgestellt, nicht identisch mit der Person des Besitzers jener schuldenfreien Besitzung und hat es bis jetzt glücklich verstanden sich vor seinem Geschäftsfreunde unsichtbar zu machen.

12. **Nogasen**, 12. Februar. Die längst herbeigewünschte Erhebung der hiesigen höheren Lehranstalt zu einem Progymnasium ist vor einigen Monaten Seitens des Unterrichtsministers erfolgt und aller Augen sind auf diese vorläufig städtische Anstalt gerichtet, denn nur durch die größten Opfer hat die städtische Verwaltung dieses Ziel erreicht. Nicht nur, daß aus Kommunalmitteln zu den Gehältern der Lehrer und andern Ausgaben ein Bruch von mehreren Hundert Thalern gewährt wird, hat die Kommission durch Errbauung eines Gymnasialgebäudes ca. 18,000 Thlr. durch Anleihe beschaffen müssen. Es ist nicht zu verkenne, daß der Anstalt das Wohlwollen und die Fürsorge der k. Regierung ganz besonders zur Seite steht, was sich auch hierin kundgab, daß dieselbe außer einem Kapital von 10,000 Thlr., welches sie der Stadt auf Amortisation dargelehen, noch ein Baugeschenk von 1500 Thlr. gewährt hat; dennoch hat die Kommission ihre finanziellen Kräfte so angespannt, daß sie mit allem Entgegenkommen bestrebt ist, die Schülerzahl, welche bis jetzt 150 beträgt, um ein wesentliches zu vermehren. In Rücksicht dessen ist das Schulgeld für auswärtige Schüler nicht höher als für einheimische festgesetzt und die für auswärtige Eltern zu zahlenden Pensionsgelder stellen sich hier auch weit billiger als an anderen Plätzen heraus. Wenn noch die geräumige, daher gesunde Lage unserer Stadt in Rücksicht kommt, so läßt sich erwarten, daß die betreffenden Eltern ihre Kinder gern hierher senden werden. Eben so kann durch die zum 1. April d. zu bewirkende Anstellung noch eines Lehrers mit voller Erwartung der Hoffnung Raum gegeben werden, daß das hiesige Progymnasium, dessen Leistungen sich den andern Schulanstalten der Provinz ebenbürtig zur Seite stellen kann, selbst bei weiterer Vermehrung der Schülerzahl, seinen wohlverdienten guten Ruf zu erhalten suchen wird. — Auch auf dem Gebiete der Volksschule zeigt sich hier anerkennenswerther Eifer. So gelangt Seitens der evang. Schul-Sozietät ein neues Schulgebäude noch vor Michaeli d. zur Ausführung, dessen Kosten auf 5800 Thlr. veranschlagt werden.

Unserm allverehrten Bürgermeister Koch ist von des Königs Majestät der rote Adlerorden 4. Klasse verliehen worden. Diese, dem bewährten Beamten gewordene Auszeichnung hat hier die Herzen Aller mit Freude erfüllt; da es allgemein gefügt wird, wie Vieles wir seiner umstänlichen Leistung zu verdanken haben.

O. **Schriften**, 13. Februar. Gestern fand in der Kirche zu Jaskowo bei Gora die feierliche Beisetzung der Leiche des am 9. d. M. gestorbenen Grafen Caspar v. Plater statt. Schon am Tage vorher war die Leiche von Gora dorthin in die mit Guirlanden geschmückte Kirche gebracht und auf einem Katafalk aufgestellt worden. Gestern nun wurden die kirchlichen Beerenmonien verrichtet. Die Predigt wurde von dem Kanonikus Hirn Januszewski aus Polen gehalten. Derselbe hob in der Leichenrede besonders den frommen, religiösen Wandel des Verstorbenen hervor, den derselbe stets durch Wort und That gezeigt hat. Unsere Stadt wie deren Armen werden ihn gewiss sehr vermissen. Die Beteiligung an der Leichenfeier war eine sehr große. Während der Beiseitung feierlichkeit sang der hiesige Männergefangenverein zwei Grabgesänge in polnischer und einen in deutscher Sprache.

— r. **Wollstein**, 13. Februar. Die Arbeiten an der Märkisch-Posen Bahn werden mit allen Kräften gefördert und das Bahnplanum ist bereits auf mehreren längeren Strecken fast vollständig hergestellt. Größere Schwierigkeiten stellen sich auf der Strecke von Buk bis Posen den Erdarbeiten entgegen, weil der dort vielfach vorkommende Leteboden ein schwer zu bearbeitendes Material ist. — Wie verlautet, hat schon vor einiger Zeit die Märkisch-Posen Eisenbahn-Gesellschaft die Bautkonfession für die Eisenbahnlinie Lissa-Wolfsenstein nachgelegt und es sind ganz gründliche Ausichten vorhanden, daß dieselbe in kürzester Zeit ertheilt werden wird. Die in Nr. 37 dieser Zeitung von Birnbaum aus mitgetheilte Nachricht, daß die Konfessionserteilung für Lissa-Bentschen bereits erfolgt sei, ist verfrüht.

Biowraklaw, 12. Februar. Bei den Bohrungen am jüdischen Kirchhofe wurde durch den Erdbohrer gestern Nachmittag aus einer Tiefe von 37 Fuß der schönste Gips zu Tage gefördert, ein Naturprodukt, welches bei gehöriger Ausbeutung für die Stadt und Umgegend von sehr großem Nutzen sein dürfte. Gestern hofft man mit der größten Sicherheit, unter dem Gipslager entweder eine Salzfoole oder gar Steinsalz anzutreffen, da Gips meist der Vorbote von Salz ist. (Dr. B.)

D. **Schneidemühl**, 14. Februar. Vor Kurzem starb hier eine Schneiderfrau, welche das hübische Alter von 102 Jahren erreicht hatte. — Wie man hört, hat vor einigen Wochen der Postvorsteher zu Chodziesen seinen Dienst heimlich verlassen. Die bald darauf vorgenommene Revision der Poststelle soll einen Defekt von einigen hundert Thalern ergeben haben. — Schon früher wurde diesem Blatte eine Mitteilung dahin gemacht, daß an einer Leiche auf dem hiesigen Friedhof Schändungen vorgenommen waren. Der Thäter konnte damals nicht ermittelt werden. Gestern hat sich der Fall wiederholt. Vor einigen Tagen wurde die Leiche eines hiesigen Schneidermeisters auf dem evangelischen Kirchhofe beerdigt. Die Leiche war mit einem schwarzen Rock, nebst Kleidung angekleidet. Der Schänder hat nach Aufgrabung des Grabs den Anzug entwendet und den Deckel des Sarges besiegelt, das Grab aber nicht völlig wieder zugegraben. Vielleicht gelingt es, den Thäters habhaft zu werden.

Edmund v. Bärensprung.

Über den am 9. Dezember v. J. verstorbenen Polizeipräsidenten v. Bärensprung bringt die "Kreuzz." einen Necrolog, von einem Freunde des Verewigten überwandt, zum Abdruck. Wir entnehmen diesem sehr langen Aufsatz den für uns interessantesten Theil, welcher die Wirksamkeit des Verstorbenen in Posen behandelt. Der Verfasser sagt:

Nach bestandenem Referendariats-Egamen im Dezember 1840 trat er zur Verwaltung über, und wählte hierzu die Provinz Posen, wo sich für einen jungen Mann von der allgemeinen Bildung und Strebsamkeit Bärensprungs allerdings ein reicheres Feld der Fortentwicklung ausschloß, als es leicht wo anders hätte gefunden werden können.

Seit dieser Zeit und bis zu seinem am 9. Dezember 1868 erfolgten Ableben gehörte v. Bärensprung ausschließlich der Provinz Posen an, der er ohne namhafte Unterbrechung über 27 Jahre lang seine raschlose Thätigkeit zugewendet hielt.

Bon nun an und nachdem inzwischen auch der Vater des Mannes

am 4. Juli 1841 gestorben war, stand Edmund v. Bärensprung allein und auf sich selbst angewiesen. Seine alsbald hervortretende Verwaltungsgeschicklichkeit zog ihn sehr bald auch verschiedene Kommissariate zur Verwaltung von Landrats-Amtmännern zu, Kommissariate, in denen er sich für seine künftige selbstständige Thätigkeit schulte und fertigte. So verwaltete er vom Dezember 1842 bis September 1843 das Landratsamt zu Schrimm, vom 1. Juli bis 3. September 1845 dasjenige zu Kosten. Die hier bewiesenen Fähigkeiten veranlaßten den damaligen Ober-Präsidenten v. Beurmann, in Bärensprung zu dringen, daß er sich um das gerade erledigte Landrats-Amt in Wreschen bewerben möge, als er eben im Begriff war, sich zur großen Staatsprüfung zu melden. Am 19. Mai 1846 wurde Bärensprung denn auch zum Landrat in Wreschen ernannt. Die schon damals vorstprechende Bewegung unter den Polen, die im Jahre 1846 offen ausbrach, machte den Posten in Wreschen zu einem eben so wichtigen als schwierigen. Gleichwohl rechnete v. Bärensprung später die Zeit seiner Amtstätigkeit in Wreschen zu den angenehmsten seines Lebens. Von allen Seiten wurde sein wohlwollendes Wirken für das Beste des Kreises anerkannt; durch seine anstrengenden Umgangsformen und seine seine Bildung erwarb er sich in allen Ständen Achtung und Liebe und fand in beiden Nationalitäten wahre Freunde, die ihm ihre Freundschaft auch in schweren Zeiten und bis zum Tode bewahrt haben.

Dies günstige persönliche Verhältniß machte es möglich, daß Bärensprung in den Unruhen des Jahres 1848 auf seinem Posten in Wreschen verbleiben konnte, trotz mancher Drohungen und schwerer Gefahren, die ihn in dieser Zeit umringten.

Sein persönliches Wesen gestattete ihm, so weit es überhaupt möglich, gütlichen Ausgleich zwischen den sich befehdenden Parteien zu versuchen. Im Einverständniß mit Grundbesitzern beider Nationalitäten gelang es, daß der Militär heranzog, um der Bildung bewaffneter, loser Banden und deren Exzessen vorzubeugen. Leider war dies für eine Zeit lang fruchtlos, nachdem die Willisen'sche Demarkationslinie den Kreis dem Aufstande preis gab. Als endlich wieder preußische Truppen unter General Blume einrückten, begleitete Bärensprung als Landwehroffizier den General nach Miloslaw, wo er als Parlamentär mit dem Insurgentenführer Mieroslawski in Verbindung trat. Freilich ohne Erfolg, da dieser erklärte: "er würde als Berrather beschimpft werden, wenn er jetzt den Seinen riehte, die Waffen niederzulegen." So begann das Gefecht, dessen nicht glücklicher Ausgang für die dabei engagierten preußischen Truppen bekannt genug ist. General Blume, der einen erneuten Angriff auf die Stadt aus unerklärlichen Gründen nicht unternahm, führte seine Truppen bis über Wreschen zurück, wo Bärensprung, als auf seinem eigentlichen Posten, verblieb. Nachziehende Polen nahmen ihn gefangen und wollten ihn als Gefang in das polnische Lager bringen, als preußische Schrapnels plötzlich mitten in die mit Insurgenten gefüllten Straßen schlugen. In der hierdurch erzeugten Panik verlor man Bärensprung. Während General Hirschfeld die Insurgenten mit groben Verlusten zurücktrieb und so die Katalität von Miloslaw rächte, organisierte Bärensprung in der menschenleer gewordenen Stadt das Lazareth. Aber auch General Hirschfeld zog wieder ab, und wiederum stand Bärensprung auf seinem Posten unbeschützt, allein durch die Achtung der Engagierten sicher gestellt.

v. Bärensprungs ausgezeichnete Haltung in dieser schweren Zeit fand übrigens später die gebührende Anerkennung.

In Jahre 1851 handelte es sich um die Wiederbesetzung der Stelle eines Polizeidirektors in der Stadt Posen. Von jeher war man der Meinung, daß es hierzu eines nach jeder Richtung hin umstürzlichen Mannes bedürfe. Niemand erschien so qualifiziert, als v. Bärensprung. Derselbe hatte die Beziehungen, Beklebungen und Parteistellungen innerhalb des polnisch-rendenden Theiles der Bevölkerung des Großherzogthums gründlich kennen gelernt, hatte sich das polnische Sprachidiot in einem Maße angeeignet, welches ihn befähigte, mündlichen Verkehr auch mit den tieferen Schichten zu unterhalten und die polnischen Zeitchriften ohne Dolmetscher zu lesen, war für den Umgang mit den höheren Gesellschaften der französischen Sprache mächtig und hatte sich in Todesgefahren mutig und unerschrocken gestellt. Kein anderer Beamter konnte sich hierin mit ihm messen.

Mit seiner Ernennung im Mai 1851 begann für eine Reihe von Jahren die glänzendste und offenbar erfolgreichste Thätigkeit v. Bärensprungs. Er nahm die ihm übertragene Stellung von vorn herein mit einem weitreichenden Programm.

Nach den vielfachen Ruhestörungen sah v. Bärensprung die nächste Aufgabe der Provinzial-Regierung darin, die Bügel der Ordnung und Gesetzlichkeit wieder fester zu ziehen und durch eine nie schlafende Wachsamkeit die diese Ordnung bedrohenden Elemente bis in das Einzelne kennenzulernen, um sie so bis ins Einzelne zu überwachen. In dem Polizeipräsidium glaubte er den natürlichen Mittelpunkt für diese Überwachungsmaßnahmen gegeben und hat die daraus hergeleitete Aufgabe in einer Weise erfüllt, wie keiner seiner Vorgänger in Amt, und wie es schwierig einem seiner Nachfolger gelingen wird, wenn die gleiche Nothwendigkeit überhaupt dazu noch fortduern oder wiederkehren sollte. Aber damals wimmelte, kann man sagen, die Provinz von illegalen Elementen, und wenn die dagegen ergriffenen Maßregeln des Oberpräsidenten v. Puttkammer seiner Zeit einen Ruh und einige Anerkennung gefunden haben, so gebührt ein großer Theil dieser Anerkennung der unermüdlichen Umschau v. Bärensprungs. Ein Umstand kam ihm dabei außerst zu statthen, nämlich die ihm natürliche Menschenliebe, das seinem Herzen innenwohnende Wohlwollen, die Freindlichkeit im Umgange, welche, wo die Pflicht nicht solidirt, zu Gefälligkeiten und Hilfen aller Art, ohne Unterschied der Person, bereit war.

So war das wirklich Wunderbare in ihm erfüllt, daß Personen aller Parteien, Männer und Frauen, ihm ihr Vertrauen zutraugen, und daß er dadurch allmählich eine Wissenschaft von dem, was schwiebig, erlangte, die wahrhaft erstaunenswert war. Bei so weit reichendem Programm war es natürlich, daß seine Umschau sich nicht auf die Grenzen der Provinz beschränkt hielt. Die Agenten der polnischen Bewegung steckten ja in ruhigen Städten vornehmlich im Auslande: in Paris, in London, während des Krieges in Konstantinopel u. s. w. Überall hatte hier v. Bärensprung Verbindungen eingeknüpft, von überall her erhielt er Nachrichten; alle Brochüren, alle Blugschriften waren bei ihm zu finden, er las sie alle, er beobachtete sie alle, er hielt dadurch seine Kombinationen stets auf dem Laufenden.

Diese Thätigkeit und der dadurch erzielte Erfolg bargen nur eine Gefahr, die ihm verderblich werden sollte. Er suchte schließlich auch da, wo vielleicht nichts verborgen sein möchte, und hielt es nicht für unpatriotisch, wo er neue feindselige Gedanken und Pläne noch schlummernd oder nur erst feindlich sah, durch leisen Anstoß sie zur hellen und sichtbaren Erscheinung zu fördern. Dies führte zu dem bekannten Niegelskischen Exposé im Abgeordnetenhaus im Jahre 1858 und zu den Crötungen, Angriffen und vermeintlichen Enthüllungen, die, insbesondere nach dem Eintritt der sogenannten neuen Aera, die Stellung v. Bärensprungs ernstlich gefährdeten. Mit dem Wechsel in den Personen des Oberpräsidenten und des Vicepräsidenten in Posen schien ein Wechsel auch in der Person des Polizeipräsidenten empfohlen, der jenen so nahe gestanden. Indes scheint doch die Anfangs dorthin gehende Absicht allmählich der Überzeugung, heils von der augenblicklichen Unentbehrlichkeit v. Bärensprungs, heils von seiner völligen Integrität in dieser heiligen Sache Platz gemacht zu haben. Genug, v. Bärensprung blieb auf seinem Posten; aber freilich von nun an nicht mehr der frühere. Die alte Freudigkeit an seiner Aufgabe kehrte nach diesen Unregelmäßigkeiten und nachdem insbesondere die Polen ihren bisherigen persönlichen Verkehrs mit ihm abgebrochen hatten, nicht mehr wieder. Auch kleinstümige Deutsche hielten es für angemessen oder zeitgemäß, um der besprochenen Vorgänge willen ihn zu desavouiren. Nicht so die höhere Welt, namentlich im Militär, die, was an ihr lag, beitrug, ihn die augenblickliche Ungunst der Situation weniger schwer empfinden zu lassen. Nur als im Jahre 1863 die Gefahr von Neuem ernstlich hereinbrach, erwachte wieder in ihm die alte Rücksicht und Unermüdlichkeit und Niemand war wieder so gut unterrichtet und vorsichtig, als er. Allein im Ganzen hatte er doch Einbuße gelitten an der früheren Ruhe in seinem Urtheil, an der Milde in seiner Auffassung, an der Form seiner Gedankenäußerung. Er zog sich mehr und mehr auf sich zurück, und zwar in dem Grade, als auch sein körperliches Leben wuchs. Dies letztere war seit Jahren ein trauriger Gefährte

Meilen Doppelgeleise, und es wurden 38,766,800 Personen befördert, welche 2,300,757 Meilen zurücklegten. Bei den Eisenbahnen waren 73,190 Beamte und Arbeiter beschäftigt, von welchen als Zug- und Bahnbeamte 32,850 fungirten. Einen interessanten Theil der Zusammenstellung bildet die Übersicht über die Eisenbahnunfälle. Von den Reisenden verunglückten im Ganzen 11, von denen 2 getötet und 9 verletzt wurden. Die beiden Todesfälle wurden durch die betreffenden Reisenden selber herbeigeführt, da dieselben während der Fahrt aus dem Zuge sprangen. Von den Verleppungen entstanden 5 bei Bahnunfällen und 4 durch eigenes Verschulden. Das Verhältniß der Passagier-Unfälle stellt sich gegen die beiden Vorjahre entschieden günstiger. Im Jahre 1863 wurden 7 getötet und 35 verletzt, und 1866 21 getötet und 44 verletzt. — An Bahnbeamten wurden im Jahre 1867 157 getötet und 244 verletzt, und zwar unverschuldet durch Unfälle der Züge während der Fahrt 15 getötet und 50 verletzt, durch unzeitiges und unvorsichtiges Verlassen der Fahrzeuge 20 getötet und 47 verletzt, durch eigene Unvorsichtigkeit bei dem Wagenschieden und Mängeln der Züge 48 getötet und 57 verletzt, durch unzeitigen Aufenthalt auf den Geleisen, namentlich beim Nebenschreiten derselben 49 getötet und 23 verletzt, durch sonstige unvorsichtige Handhabung des Dienstes 25 getötet und 67 verletzt. Außerdem wurden noch bei Neubauten und bei den Werkstattsarbeiten und anderen mit dem Betriebe nicht direkt zusammenhängenden Geschäften 7 Personen getötet und 19 verletzt. An fremden Personen wurden in Folge eigener Unvorsichtigkeit beim Betreten der Bahn u. s. w. 46 getötet und 30 verletzt und von solchen, welche den Tod absichtlich suchten, 18 getötet und 3 verletzt. Die Gesamtzahl der Verunglückten betrug mithin 535. Die meisten Unfälle kamen auf der Bergisch-Märkischen Bahn und zwar incl. der Witten-Duisburger, der Ruhr-Sieger und der Aachen-Düsseldorf-Ruhrorter Bahn, vor, nämlich 79, worauf die Köln-Mindener Bahn inkl. der Oberhausen-Arnheimer und der Köln-Gießener Bahn mit 58, die rheinische Bahn mit 56 Unfällen, u. s. w. kamen. Die wenigsten Unfälle hatten die Niederschlesische Zweigbahn, die Ostpreußische Südbahn, die Berlin-Hamburger, die Wilhelmshafen u. s. w. Kein Unfall ereignete sich auf der Tilsit-Insterburger, der Neisse-Briegger und der Oppeln-Tarnowitzer Bahn.

Ackerbau.

* * * Dem Vernehmen nach sind aus mehreren Regierungsbezirken Mittheilungen eingegangen, welche den Stand der Saaten als einen günstigen und sehr vorsichtigen bezeichnen. Dabei wird im Wesentlichen übereinstimmend hervorgehoben, daß der nasse Herbst und der milde Winter es begünstigt haben, in ziemlich ausgedehnter Weise das Vieh im Freien zu ernähren. Hierdurch seien die Besorgnisse, es könne Futtermangel eintreten, beseitigt worden. Solche Mittheilungen liegen namentlich aus den Regierungsbezirken Merseburg, Arnberg, Mühlster und Sigmaringen vor.

* * * Das Schrot. Gemeinhin wird in den Defonen die leichtere, nicht gut verlängliche Frucht zur Fütterung benutzt. Diese enthält gewöhnlich auch alle die Unkrautämmer, die bei dem Ausdrische entföhrt werden. Seitdem es durch wiederholte vorsichtig angestellte Versuche keinem Zweifel mehr anhaftet, daß die meisten der verschiedenen Unkrautämmer den thierischen Stoff anal ohne Verdau zu werden, passieren, dann in den Dünge und mit denselben in feinfähigem Zustand wieder auf das Feld gelangen hat man es für durchaus nothwendig erachtet, die betreffenden, für die Fütterung bestimmten Früchte entweder zu kochen oder zu schrotten. Das Schrot ist die gebräuchlichere Zubereitungsmethode, namentlich seitdem man es verstanden hat, gute und verhältnismäßig billige Schrotmühlen zu konstruieren. Leider aber wird hinsichtlich der Form des Schrotes noch mancher Fehler gemacht. Gewöhnlich glaubt man, daß das Schrot um so wirkamer sei, je feiner es zerkleinert wäre. Dies ist indessen ein Irrthum, denn meistens Schrot ist zu sehr geneigt, Klumpchen zu bilden, die im Magen der Thiere unverdaut bleiben und mit dem Kotthe ausgeworfen werden. Fünf neuere Versuche, welche die landwirtschaftliche Lehranstalt in Worms in dieser Frage ausführen ließ, haben im Mittel ergeben, daß meistens Schrot im Vergleich zu den ganzen Früchten einen Nutzen von 3,4 Prozenten, mittelst eines Nutzens von 7,8 Prozenten und großes einen solchen von 11,7 Prozenten ergab; woraus also folgt, daß die zur Fütterung bestimmten Früchte immer am besten nur groß getrocknet werden.

Wolle.

Berlin, 12. Februar. Die vergangene Woche können wir als die belebteste in diesem Jahre bezeichnen, da vier bedeutende Kämmer allein 3000 Str. aus dem Markt genommen haben. Eine süddeutsche Kammgarnspinnerei kaufte 700 Str. gute ausgesuchte Meddeburger a 53 bis

der Haut oder in seinen Körperhöhlen einen zweiten kleineren unvollständig". Zu dieser Art gehört offenbar der vorliegende Fall. An sie reihen sich die folgenden Arten. 2. Omphia locrenedidymus. Die Nabelschurz eines Fötus wächst im Hirschschädel des andern. 3. Epignathus. Ein unvollkommener Fötus wächst mit seinen Blutgefäßen in dem Gaumen eines vollkommenen. — Neu und in der Literatur so weit es mir bekannt ist nicht vermerkt, ist es, daß nicht nur das ausgezogene Kind heute lebt, sondern auch der Fötus sich seit den 11 Tagen nach der Geburt weiter entwickelt und an Größe merklich zugenommen hat und daß die Bewegungen in der Geschwulst sich gesteigert haben und gegenwärtig sehr kräftig sind. Aus dem Innern des Kindes durch die Dehnung übertragen können sie nicht sein, da sich ähnliche sonst bei jedem Eingeweidebruch zeigen müssten. Die Geschwulst ist jetzt $\frac{1}{2}$ Zoll lang, $\frac{3}{4}$ Zoll breit und hoch, birnförmig, der Kopf liegt links unten, der Stiel rechts oben. Die Verbindungsstelle hat einen Umfang von $\frac{8}{9}$ Zoll. Weitere Mittheilungen über den Verlauf des Falles bleiben vorbehalten.

* Berlin. Unter den Plänen zu dem Dombau nimmt bis jetzt der Endre und Boekmann, zwei Berliner Baumeister, die Aufmerksamkeit am meisten in Anspruch. In ihm ist das Prinzip verfolgt, daß, wie in der Paulskirche in London, eine besondere Predigtürke herzustellen ist, während der ganze Kuppelbau für große Besitzkeiten des Staates und des Hofes, sowie für Ausführung großer Oratoren dienen soll. Dieser Plan setzt auch voraus, daß die Spree hinter dem Dome überbrückt und der alte Theil des Schlosses, der dessen Apotheke enthält, niedergeissen wird. Dadurch würde ein großer schöner Platz für Gartenanlagen und zugleich eine Verbindung des Ost- und Westendes der Stadt gewonnen werden, welche wesentlich noth thut. — Diesem Plane sollte man allgemeinen Beifall und es ist zu wünschen, daß er zur Ausführung gelange.

* Breslau. Aus glaubwürdiger Quelle wird der "Schle. Ztg." mitgetheilt, daß in dem zwischen Trebnitz und Mittelschule gelegenen Dorfe Deutschammer zur Zeit wohl die älteste Person Schlesiens, oder vielleicht von ganz Deutschland, sich befindet: nämlich eine Frau von 120 Jahren, welche mit ihrem Schwiegersohn aus Oberschlesien im vorigen Jahre dorthin verzogen ist. Neben die Beschaffenheit ihrer Körper- und Geisteskräfte haben wir noch nichts erfahren können.

* Ingembroich (Rheinb. Aachen), 10. Februar. Gestern Abend um halb 8 Uhr entlud sich von Westen her unter starkem Hagel und Regen ein furchtbare Gewitter, wobei der Blitz an der Spitze des Kirchturmes zu Konzentren einschlug und durch das Mauerwerk des Turmes wieder hinaufzog. Der Blitz hatte gezündet, und bei dem starken Sturmwinde, der die Funken wie einen Feuerregen weit über das Schiff trieb und mehrere Häuser bedrohte, war eine Löschung des rasch um sich greifenden Feuers unmöglich. Der Kirchturm und das Kirchenschiff sind mit Ausschluß der Mauern niedergebrannt, die drei schönen Glocken sind geschmolzen.

* Das Ausseuchen der Briesoblaten mit der Bunge hat in neuester Zeit zu Erkrankungen Veranlassung gegeben, die eine chemische Untersuchung solcher Oblaten zur Folge gehabt haben. Bei einer Analyse wurde, wie der "Publ." berichtet, in den weißen Oblaten Bleiweiß, in den gelben Chromgelb und in den grünen Grünspan ermittelt. Die Fabrik aus der die Oblaten hervorgegangen, konnte nicht mehr festgestellt werden.

* Zur Vergiftungsgechichte in Paris. Die Geschichte von der beächtigten Vergiftung des Herzogs de Bauffremont auf einem der Pariser Opernhäuser, welche zuerst der "Figaro" unter dem Titel une ténébreuse affaire erzählte, wird jetzt von verschiedenen Journals auf sehr verschiedene Weise dargestellt. Die "Gazette des Tribunaux" sagt, der Instruktionsrichter habe die bei dem Studenten Masson gefundenen Bonbons chemisch untersuchen lassen, man habe aber bis jetzt kein Gift darin gefunden und es wäre wahrscheinlich, daß der Richter die Verfolgung fallen lassen werde. Dagegen sagt das Journal "Paris": "Die Familie Bauffremont, tief berührt von alle dem Larm, der von dieser Sache gemacht worden ist, und dem ärgerlichen Aufsehen, welches sie machtmußte, hat die Verhaftung der Angeklagten erlangt, welche sofort aus Frankreich verwiesen wurden, mit der bestimmtten Weisung, niemals mehr die Grenze zu überschreiten. Wir denken, daß der polnische Graf auf dem Heimwege zu seiner Familie nicht über Genf reisen wird, wo er dem Herzoge de Bauffremont begegnen könnte, welcher sich dahin nach dem Vergiftungsverdacht zurückgezogen hat, dessen Opfer er jedenfalls ohne den energetischen Eifer der Mad. Beauval geworden wäre." Zu dieser Darstellung bemerkte der "Temps" sehr richtig, ein solches Verfahren schmecke doch etwas stark nach dem ancien régime, denn wenn eine Beschuldigung vorläge, so müsse das Gericht die Beschuldigten verfolgen, wenn nicht, so gäbe es kein Recht, sie anzuswerfen. Der "Figaro" erzählt noch: "Die Herzogin de Bauffremont ist sehr frank seit dem Skandal, der sich an ihren Namen knüpft, sie hütet das Bett, wehhält man sie auch nicht mehr ihr Viergespann lenken sieht. Sobald sie wieder hergestellt sein wird, beabsichtigt sie nach Italien zu reisen." Die ganze romanische Geschichte und auch ihre angebliche Entwicklung scheint wie aus der schlechtesten Zeit des vorigen Jahrhunderts, deren Moden ja auch bei der heutigen schönen Welt von Paris so beliebt sind.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Briefkasten der Expedition.

Wegen Infektionen und anderen Angelegenheiten, welche ihren Platz hinter dem Namen des verantwortlichen Redakteurs haben, bitten wir, sich nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition dieser Zeitung zu wenden!

Terminkalender für Konkurse und Subhastationen
für die Zeit vom 18. bis einschließlich 24. Februar 1869.

A. Konkurse.
I. Größnet: Bei dem Kreisgericht in Schubin der Konkurs über

das Vermögen des Kaufm. Simon Lehrs in Rynarzewo. Tag der Bahlungseinstellung: 6. Januar d. J.

II. Beendigt: Bei dem Kreisgericht in Grätz der Konkurs des Restaurateurs Bigner daselbst durch Vollziehung der Schlussverteilung.

III. Termine und Fristabläufe. Am 18. Februar. 1) Bei dem hiesigen Kreisgericht, Worm. 11 Uhr, in dem Konk. des Kfm. Sigismund Pilaski aus Rostkow. 2) Bei dem Kreisgericht in Schubin in dem Konkurse des Kaufmanns Simon Lehrs in Rynarzewo, Bestellung eines Verwalters.

Am 19. Februar. Bei dem Kreisgericht in Wreschen, Worm. 10 Uhr, in dem Konk. des Kfm. Abraham Kantorowicz daselbst, Prüfung ange meldeter Forderungen.

Am 20. Februar. 1) Bei dem hiesigen Kreisgericht, Worm. 11 Uhr, in dem Konk. des Kfm. Kazimir Hebanowski, desgleichen. 2) Bei dem Kreisgericht in Bromberg in dem Konk. des Restaurat. Oskar Stiller daselbst, desgleichen.

B. Subhastationen.

Es werden verkauft:

Am 18. Februar. 1) Bei dem Kreisgericht in Kratoschin das dem 1c. Grysbowksi geh. Gdst. Borek Nr. 118, Tage 605 Thlr. 2) Bei dem Kr. Gericht in Rogasen das dem 1c. Nowatowski geh. Gdst. Lukino Nr. 5, Tage 937 Thlr. 3) Bei der Gerichtsdeputation in Fraustadt das den Ressorten Cheleuten geh. Grundstück Weine Nr. 68, Tage 1060 Thlr.

Am 19. Februar. Bei der Gerichtskomm. in Poln.-Krone das den Budzitschen Cheleuten geh. Gdst. Poln.-Krone Nr. 483, Tage 2026 Thlr.

Am 22. Februar. 1) Bei dem Kreisgericht in Meseritz das den Knispelschen Cheleuten gehörige Grundst. Gloszno Nr. 34, Tage 2548 Thlr. 2) Bei dem Kreisgericht in Rogasen das den Geschwistern Bachert geh. Gdst. Doborn Nr. 10, Tage 1610 Thlr.

Am 23. Februar. 1) Bei dem Kreisgericht in Birnbaum das den Nowatschen Cheleuten gehör. Gdst. Lubosz Nr. 11, Tage 1915 Thlr. 2) Bei dem Kreisger. in Samter das den Krzyzanowschen Cheleuten gehör. Gdst. Iastrowo Nr. 1, Tage 2095 Thlr. 3) Bei dem Kreisgericht in Schubin das dem 1c. Schramm gehörige Gdst. Studjunkt Nr. 7, Tage 600 Thlr. 4) Bei der Gerichtskommission in Nakel das dem Kaufm. Jakobson gehörige Grundstück Nakel Nr. 132, Tage 3703 Thlr.

Am 24. Februar. Bei dem Kreisgericht in Schubin das den Kreischen Erben gehörige Gdst. Weronika Nr. 22, Tage 575 Thlr.

Angekommene Fremde

vom 15. Februar.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Brodski aus Warschau, Orgler aus Breslau, Cittinger aus Marienwerder, Danziger und Linie aus Berlin, die Rittergutsbesitzer Nitze aus Chwałkowo, Busse und Sohn aus Chlewist, Jauernik und Frau aus Nagradowice, Ceweline und Frau aus Pyrzycy, Hauz aus Kolaska, v. Pradzynski aus Adamowo, v. Buchowski und Sohn aus Pomarzan, v. Bloczynski aus Krzyżanki, Mühlenschenster Klier aus Wongrowitz, Schäferdirektor Heyne aus Wintersdorf, Fräulein Näge aus Breslau.

BERNSTEIN'S HOTEL. Die Kaufleute Schoppen aus Rogasen, Brödlich aus Sagan, Wischnitz aus Kiewerstadt, Goldbaum aus Berlow und Bürger Bednorowicz aus Wreschen.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Zimmermeister Schmidt und Inspektor Ulitz aus Wolfstein, Brennereibeamter Gläser aus Elkena, die Kaufleute Meyer aus Unruhstadt und Badt aus Paris, Frau Gutsbesitzer Gerson aus Grätz.

GOLDENER ADLER. Die Kaufleute Gerson aus Slupce, Kaphan, Baruch und Laufer aus Schröda, Bannier und Spediteur Cohn aus Breschen, Barbier Böse aus Kosten, die Kaufleute Hopp aus Schrimm, Kluge aus Berlin, Kaphan jun. aus Schröda, Kraul, Schwarz aus Kaisch.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Heyland und Taubrecht aus Berlin, Kreisrichter Spisky aus Rogasen, Posthalter Kunai aus Wreschen, Oberamtmann Burghardt aus Węgiersko, Gutsbesitzer v. Rosendorf aus Rosenau, die Ingenieure Saalfeldt aus Magdeburg und Stern aus Berlin.

KRUG'S HOTEL. Konzertist Płoskowksi und die Sängerinnen M. Schler, J. Bucard und B. Horsdaska aus Breslau, Schwarzwiehändler Weber aus Buchhof, v. Rehni aus Pudewitz.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Graf Arcu und Frau aus Broncy, Güterhof und Frau aus Dwilecki, Materne aus Chwałkowo, Richter aus Breslau, Wirth aus Lopienno, Hauptmann v. Arnim aus Posen, Zimmermeister Rogge aus Stettin, die Kaufleute Schmidt aus Leipzig, Maultisch aus Dresden, Fricke aus Eisebach, Leprech und Kornicke aus Berlin, Manger aus Stuttgart.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer v. Kalkreuth aus Muchoczy, Berndt aus Pianow, v. Stablenki aus Szlachcyn, die Kaufleute Budek aus Rathenow, Pauli und Schulz aus Berlin, Bodenburg aus Leipzig, Wisseler aus Lachen, Santi aus Elberfeld, Quinde aus Altona, Ködelberg aus Barmen, Herrmann und Salomon aus Hamburg, Nost aus Göppingen.

SCHWARZER ADLER. Frau v. Jarachowska aus Sokolniki, Kaufmann Engelke aus Stettin, die Gutsbesitzer Tieze aus Kleszczewo, Bielen aus Wykierzewice, Boge aus Ostrowo, Lange aus Lubowicze, Płoskowksi und Sohn aus Elminala, Freygang aus Podarzow, Bettner aus Oleśzyn, Kaufmann Israel aus Plonne, Kreisrichter Rath Styrke und Frau aus Schrimm, Bürger Oberfeld aus Slupce, Inspektor v. Klonowski aus Lagiewniki, Privater Lachowski a. Rogasen.

HOTEL DE PARIS. Die Kaufleute Dederk aus Paderborn, Mołszewicz aus Slupce, Gutsbesitzer Walsleben und Frau aus Dombrowka,

Rechtsanwalt Wierzbowski aus Schröda, Schlossermeister Urbanowicz aus Wreschen, Gutsbesitzer Cegielski aus Wodki. Die Rittergutsbesitzer v. Treskow aus Dwinsk, v. Ryckewski und Frau aus Dobrin, v. Satkiewski aus Sabno, v. Moszczenski aus Jeziorki, Rechtsanwalt Weiß aus Schröda, der Rentier v. Bntienowicz aus Schrimm, v. Lachowski aus Lino, Architekt Hartmann aus Breslau, Gutsbesitzer v. Malzowksi aus Swiatarki.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Mandler aus Wreschen, Mandler und Levy aus Rogasen, Türk aus Wreschen, Brennerei-Inspektor Schreiber aus Neustadt b. P., Inspektor Müller aus Lubowo, Frau Gutsbesitzer Wolska aus Opatow, Frau Gisemanska aus Wreschen, Kniggelein aus Schmiedeberg.

Die glücklichen Resultate

des Kräuterhaarbalsams *Esprit des cheveux* von Hutter & Co. in Berlin, Depot bei **Hermann Moegelin** in Posen, Bergstraße 9, veranlaßten nachstehend gebürgte Schreiben.

So schreibt Herr Sigismund Edler von Schreiner aus Prag:

Meiner langjährigen Rahköpfigkeit habe ich durch 3 Flaschen $\frac{1}{2}$ l. Thlr. Ihres vorzülichen *Esprit* ein Ende gemacht und erfuhr um weitere 2 Flaschen.

Ebenso Herr Neide, Gutsbesitzer aus Birlitz:

Nur der vorzülichen Wirklichkeit Ihres Balsams habe ich es zu verdanken, daß ich jetzt in Birsty von schönem neuen Haupthaar gelangt bin und sage Ihnen deshalb meinen innigsten Dank.

Die „Deutsche Klinik“, herausgegeben von Dr. Alexander Göschken, Berlin 1868, Seite 460, Nr. 50, schreibt folgendes:

Senf-Papier.

Ich richte die Aufmerksamkeit der Herren Kollegen auf ein deutsches Fabrikat der Drogen-Handlung und Fabrik des Herrn **Röstel** in Landsberg a. d. W., das entschieden den Vorzug vor dem unter gleichem Namen aus Frankreich importirten verdient.

Das Senf-Papier des Herrn Röstel zeichnet sich durch die Bequemlichkeit der Anwendung und die Intensität der Wirkung sehr vortheilhaft vor dem Senfsteig aus. Eben nur mit Wasser, gleichviel ob kaltem oder warmem, benetzt, übt es einen sehr intensiven Haftzug aus, erwärmt die Sieste, auf der es liegt, und die Umgegend sehr wohltätig und es bedarf nach der Abnahme keiner weiteren Reinigung, da die Stelle ganz trocken bleibt, und von dem Senf sich nichts absetzt; dabei liegt das Papier von selbst fest auf. Nur wenn es zu naß gemacht war, hat man es zu befestigen und hinterläßt es Senfpulverreste auf der Haut. Die große Annehmlichkeit, jeder Zeit, ohne erst kochendes Wasser zu beschaffen, den Senfsteig damit anzurühren u. c. das Reizmittel zum Gebrauch zu haben, liegt auf der Hand, und dazu hält sich das Papier in den Blechbüchsen länger wirksam, als Senfpulver in Glas-Flaschen mit Stöpseln. Bei der Bereitung wird das beste stärkte Senfpulver erst vollständig vom feinen Öl befreit, ehe es auf das Papier aufgetragen wird. In der Pharmazeutischen Centralhalle, ein Blatt auf das ich bei dieser Gelegenheit wiederholte als auf ein sehr tüchtig redigirtes und interessantes aufmerksam mache, giebt Dr. Hager (Nro. 33. pag. 277) dem Röstel'schen Senf-Papier ebenso den Vorzug vor dem französischen. „Das Papier ist bißig (legt sich deshalb sehr gut an), die Senfmasse sitzt dicht auf und die Wirkung ist schnell und sicher.“ Viele Kollegen haben auf meine Empfehlung das Papier bereits in ihrer Praxis eingeführt, und möchte ich nur hier allgemein die Aufmerksamkeit auf dasselbe lenken.

Oberschlesische Stein-kohlen.

Den vielfachen an uns ergehenden Anfragen wegen Kohlenläufen zu begegnen, machen wir hierdurch bekannt, daß wir dem Kaufmann Herrn E. Sachs in Katowitz nach wie vor den Verkauf der Kohlen aus den

Gräflich Hugo Henckel von Donnersmarck'schen Steinöfen-Gruben Eugeniusglück, Carlshoffnung, Hugozwang und Gottesgegen übertragen haben.

Wir ersuchen wegen Ankaufs quaest. Kohlen ausschließlich mit Herrn E. Sachs in Katowitz zu unterhandeln. Carlshoff bei Tarnowicz O.S.S.

Die Gräflich Hugo Henckel von Donnersmarck'sche Güter-Direction.

Ficinus.

Bezugnehmend auf vorstehende Anzeige empfehle mich zu geneigten Aufträgen unter Befreiung reellster und pünktlicher Bedienung.

Katowitz O.S.S.

E. Sachs.

In dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Sigismund Stomowski zu Rogasen ist zur Annahme der Forderungen der Konkursgläubiger noch eine zweite Frist bis

zum 27. Februar c. einschließlich festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, diese einzumelden. Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Forderungen ist

für den 6. März d. J.

Vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Kommissar im Instrumentenraum Nr. 13 anberaumt, zu welchem Frist die Gläubiger aufgefordert werden, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Forderungen ist

auf den 6. März c.

Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Kommissar anberaumt, zu welchem Frist die Gläubiger aufgefordert werden, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Annahme schriftlich einreicht, hat

eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen bei-

zufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Annahme seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zu Praxis bei uns bezeugten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu dem Amt anreisen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden der Justizrat Tischkuk und der Rechtsanwalt Bertheim, Mühl und Döckhorn zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Posen, den 5. Februar 1869.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht.

Gnesen, den 6. Februar 1869.

Das dem Rittergutsbesitzer Thadæus von Biskerki gehörige adlige Gut Modliewko, abgebrägt auf 93,737 Thlr. 29 Sgr. 1 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen, in der Registratur einzusehenden Tage, soll

am 10. September d. J.

Vormittags 11 $\frac{1}{2}$ Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Die dem Aufenthalt nach unbekannten Realgläubiger resp. den Rechtsnachfolger:

1) Graf Titus v. Dzialynski,

2) Graf Johann Cantius von Dzialynski,

3) Gräfin Elisabeth Marie Justine Sophie v. Dzialynski,

4) Graf Bernhard v. Potocki,

wurden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypotheken-Buche nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastations-Gericht anzumelden.

Nachlaß-Auktion.

Dienstag den 16. d. M., Vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, werde ich Magazinstr. 15 (Ecke vom Sapieha- und St. Adalbertsplatz) Mahagoni-Wöbel, Haus- und Wirtschafts-Geräthe, darunter

eine feine Plüschgarnitur, Sophas, große Spiegel mit Konsolen, Kronleuchter, Ampeln, ein großes Buffet, ein Schreibsekretair, Tische mit Marmorplatte, Sophas- und Nachttische, Kleider- und Bücherspindle, Stühle, Lehnsessel etc., Gläser, Porzellan, Gardinen, Betten, Küchengeräthe etc.

öffentlicht versteigern.

Manheimer, Königl. Aukt.-Kommissarius.

Nachlaß-Auktion.

Mittwoch den 17. Februar, Vormittags von 9 Uhr ab, werde ich im Auktionslokal, Magazinstr. 1, Betten, Kleidungsstücke, Wäsche, Hause und Küchengeräthe, verschiedene Instrumente, als: Hörner, gute Violinen, Marietten etc., demnächst gute Kleiderstoffe, Galanterie-Waren, um 12 Uhr einen guten Bisam-Perz, 4 Tonnen Heringe, Droschke, Augelbücher, eine Nähmaschine, einen Flügel etc. öffentlich meistbiedend versteigern. **Hochlewska**, Königl. Auktions-Kommissar.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts hier selbst wird der Unterzeichnete im Termin

den 25. Februar d. J.

10 Uhr Vormittags,

auf dem Dominio zu Krzyzowko bei Lewiz mehrere hundert Schafe in kleineren und größerer Parteien gegen gleichbare Bezahlung öffentlich verlaufen.

Wieso, den 5. Februar 1869.

Der Auktions-Kommissar.

Kalkstein.

Gasthofs-Verkauf.

Der mir eigenthümlich gehörende Gasthof in der Stadt Grätz Nr. 228, "zum goldenen Löwen" genannt, bin ich Willens, aus freier Hand zu verkaufen. Derselbe enthält in den unteren Räumen 5 heizbare Stuben und 2 Alkoven. In den oberen Räumen 1 Saal und 3 heizbare Stuben nebst 1 Alkove. Ferner gehört dazu 1 Gebäude zur Brauerei, 1 neue Gleibahn und Stallung für 30 Pferde.

Der Gasthof selbst ist seit 8 Jahren neu erbaut, mit feuerfischerer Dachpappe versehen und in frequenter Lage.

Alles ist an zwei Verschiedene für 300 Thlr. pro Jahr verpachtet und dieselbe läuft nach Verlauf von 10 Jahren am 1. Oktober d. J. ab. — Kaufstüsse oder Bewerber bitte ich, sich bei mir zu melden, indem ich noch gleichzeitig bemerke, daß die Zahlungsbedingungen solide gestellt werden.

Jugmuntowko b. Nakwiz, den 9. Febr. 1869

Der Oberförster Kreutzinger.

In Bromberg!

bin ich Dienstag den 16., Mittwoch den 17. u. Donnerstag den 18. Februar in „Moritz's Hotel“ für Fußleidende zu konstipieren.

Elisabeth Kessler, Fußärztin aus Berlin.

Privat-Entbindungshaus, konzessioniert mit Garantie der Diskretion, frequentirt seit funfzehn Jahren.

Berlin, gr. Frankfurterstr. 30. Dr. Vocke.

Meine seit über 30 Jahren gesammelten Erfahrungen, Magentramy, Unterleibsbeschwerden, Drüsen, Scropheln, offene Wunden, Rheumatismus, Gicht, Epilepsie, Bandwurm, Syphilis und andere Krankheiten, welche aus dem verdorbenen Blute entspringen, gündlich zu heilen, heile ich auf frankirte Anforderungen unentgeltlich, mündlich und schriftlich, mit und sollte kein Kranke die Hoffnung aufgeben, geholt zu werden, ohne sich vorher mit meiner Heilmethode bekannt gemacht zu haben. **Louis Wundram**, Professor in Bückeburg, Schaumburg-Lippe.

Notiz für Damen!

Ein Arzt, Accoucheur, hat seine einsame und gesund gelegene Besitzung, 1 $\frac{1}{2}$ Stunde von Hannover entfernt, an genehm und bequem eingerichtet, um Damen, die ihrer Entbindung entgegensehen, aufzunehmen. Aufmerksame Pflege, unter Aufsicht einer erfahrenen Mutter und Hausfrau. Diskretion selbstverständlich. Aadr. unter P. P. Nr. 50. poste restante Hannover.

Königsbrunn.

Wasserheilanstalt ohnweit Dresden, Station Königstein, fortwährend geöffnet und besucht.

Besitzer und Dirigent Dr. Putzar.

Dommnick's Hotel.

Guhrau, Ring Nr. 28, neu und komfortabel eingerichtet, empfiehlt sich dem geehrten reisenden Publikum bestens.

In einem schön und gesund gelegenen Städtchen am Niederrhein bietet sich einem ältern alleinstehenden Herrn oder Dame Gelegenheit in einer geachteten evang. Familie freundliche Aufnahme und sorgfältige Pflege finden.

Franko-Offeren Litt. A. B. 14. Xanten poste restante.

Drainage.

Den Herren Gutsbesitzern etc. empfiehlt sich zur Anfertigung von Drainagen, Wasserleitung und Drainplänen.

W. Werchann,

Wiesenbaumeister u. Drainer in Zirke a. W., Großherzogthum Posen.

39 Stück Pappeln und 6 Stück Kastanienbäume

werden wegen Grenzregulirung des hiesigen St. Adalbert-Kirchhofes im Wege einer öffentlichen Visitation Donnerstag den 18. d. M. um 11 Uhr Vormittags auf dem genannten Kirchhofe verkauft.

Riesen-Runkelrüben-Samen, gelbe Pohl'sche Sorte, verkauf den Schefel mit 5 Thlr. 10 Sgr. das Pfd. mit 4 Sgr. 6 Pf.

A. Zimmermann

in Löwenic bei Schwedenz.

Einjährige Kiefernspitzen,

fräftig, mit vorzüglicher Wurzelbildung werden franco Bahnhof Thorn egl. Emballage zu nächstenden Preisen verkauft:

1—1000 Schod. à Schod 6 Pf., 1—2000 Schod. à Tausch 15 Thlr., 1—4000 à Tausch 18 Thlr. 10 Sgr.,

von 4000 Schod. à Tausch 20 Thlr.

Proben auf Verlangen. Forsthaus Wudek, Bahnhof Thorn, den 9. Jan. 1869.

Die Forstverwaltung.

Blumen- und Gemüse-Samen

in frischer und guter Qualität, empfiehlt zu billigen und festen Preisen und versende Preis-Vergleichnisse über alle Garten-Erzeugnisse meiner Gärtnerei auf gefälliges Abverlangen franco und gratis.

Albert Krause, Kunst- und Handelsgärtner,

Posen, Schützenstraße Nr. 13/14, unweit der Cegielstischen Fabrik.

Preisverzeichniß für 1869

der Sämereien letzter Ernte, selbst erbaut, für Keimfähigkeit garantirt

vom Dom. Dzieczyn bei Punitz.

1) Pohls Riesenrübe I. Sorte à Ctr. 20 Thlr. à Pfd. 7 Sgr.

II. Sorte 18

2) Riesenrunkel in d. Erde wachst. 16

3) Leutewiger Riesenrunkel 18

4) Schwarzothe Rübe zum Einmachen

5) Weiße grünköpfige Mohrrübe

6) Rote Riesenmöhre (Dzieczyn)

7) Gelbe Dauer-Mohrrübe

8) Feldkraut, großes spätes

9) Blutrothes Kraut zu Salat

10) Riesenohl

11) Unterrüben

12) Wiener-Oberriben

13) Salatsamen (Prinzenkopf)

14) Rettigkraut

15) Radisches

16) Gurken, lange grüne

17) Kürbis (große Centner)

18) Spinat

19) Wurzel-Petersilie

20) Majoran

21) Gartenkresse

22) Blauer und weißer Möhn

23) Gelber Senf

24) Zuckererbsen

25) Bittererken, breite trümmerschalige

26) Sellerie

27) Porree (Winter)

28) Zwiebelsamen

1 $\frac{1}{2}$ Thlr. à Lth. 2 Sgr. — Pf.

à Pfd. 12 Sgr.

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

Holzverkauf.

Aus dem Revier Obrzycko sollen am Montag den 22. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, in Obrzycko im Gasthause der Madame Grünberg circa 90 Stück Kiefern-Schneide- und Langholz unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich verkauft werden.

Grünberg bei Obersigklo,

den 11. Februar 1869.

Gräfl. Raczyńskisches Forstamt.

Auf dem Dominium Kobylepole sind mehrere Hundert hochstämmiger Birn- und Kirschbäume von bester Sorte zu verkaufen.

Riesen-Runkelrüben-Samen, gelber Pohl'sche Gattung, verkauf den Schefel zu 5 Thlr. 10 Sgr. und die Meze zu 10 Sgr. Carl Heinze, Vorwerksbesitzer in Klecko.

Holzverkauf.

In dem Forste der Herrschaft Gessewo sollen an den Meistbietenden und gegen gleichbares Bezahlung 557 $\frac{1}{2}$ Klafter Buchen-, Eichen-, Eschen-, Birken- und Erlen-Klafter dergl. Knüppelholz, 93 Klafter dergl. Knüppelholz im Terme.

Dienstag den 23. Februar c., Vormittags 9 Uhr, im Gasthause zu Gessewo verkauft werden.

Die Forstverwaltung.

Holzverkauf.</

Hafer lolo pr. 1200 Pfd. 31—34½ Rt. nach Qualität, 31½ a 33½ Rt. bz., per diesen Monat 32½ nom., Febr.-März do., April-Mai 31½ Rt. Br., Mai-Juni 32½ Br.

Erbse pr. 2250 Pfd. Kochware 60—68 Rt. nach Qualität, Butterware 53—57 Rt. nach Qual.

Raps pr. 1800 Pfd. 81—85 Rt.

Rübel loko pr. 100 Pfd. ohne Haß 9½ Rt. bz., per diesen Monat 9½—10½ Rt. bz., Februar-März do., März-April 9½ bz., April-Mai 9½ a 10½ bz., Mai-Juni 9½ bz., Juni-Juli —, Sept.-Oktbr. 10½ bz.

Leinöl lolo 10½ bz.

Spiritus pr. 8000 % loko ohne Haß 14½ Rt. bz., loko mit Haß —, per diesen Monat 15 a 1½ Rt. bz. u. Br., 15 Gd., Febr.-März do., März-April 15½ bz. u. Br., 15 Gd., April-Mai 15½ a 1½ bz., Br. u. Gd., Mai-Juni 15½ a 1½ bz. u. Br., 15 Gd., Juni-Juli 15½ bz., Br. u. Gd., Juli-August 16½ bz., Br. u. Gd., August-Sept. 16½ a 8½ bz., Br. u. Gd.

Medl. Getreidemh. Kr. 0 4½—4 Rt., Kr. 0 u. 1. 3½—3½ Rt. pr. Cr. unversteuert exkl. Sad. Mähriges Geschäft zu unveränderten Preisen.

Getreidemh. Kr. 0 u. 1. pr. Cr. unversteuert inkl. Sad.: per diesen Monat 3 Rt. 16½ Sgr. Br., Februar-März 3 Rt. 16 Sgr. Br., März-April —, April-Mai 3 Rt. 15½ Sgr. Br., Mai-Juni 3 Rt. 16 Sgr. Br.

Petroleum, raffiniertes (Standard white) pr. Cr. mit Haß: lolo 8½ Rt. Br., per diesen Monat 8½ Br. u. Gd., Februar-März 8 Rt. Br., März-April —, April-Mai 8 Rt. Br. (B. d. 8)

Stettin, 13. Februar. [Amtlicher Bericht.] Wetter: bewölkt. + 7° R. Barometer: 28. 2. Wind: SW. Nachts leichter Frost.

Weizen matt, p. 2125 Pfd. loko ungar. 59—65 Rt., feiner mähr. 67 Rt., bunter poln. 67—70 Rt., weicher 69—73 Rt., gelb. inländ. 68—71 Rt., feiner pomm. 71½ Rt., 83½ Pfd. gelber pr. Frühjahr 70 bz. u. Br., Mai-Juni 70½ Br., 70 Gd.

Roggen stille, p. 2000 Pfd. loko 51—52 Rt., pr. Februar 52 Br., Frühjahr 51½ bz., 5½ Br. u. Gd., Mai-Juni 52 Br. u. Gd., Juni-Juli 52½ Br., 5½ Gd., Juli-August 52 Br.

Gerste flau, p. 1760 Pfd. loko ordin. ungar. 38 Rt. bz., bessere 41—46 Rt.

Hafer unverändert, p. 1800 Pfd. loko 34—35 Rt., 47½ Pfd. Frühjahr 34½ Br., Mai-Juni 35 Br.

Erbse p. 2250 Pfd. loko Butter 55—56 Rt., Koch. 56½—58 Rt., pr. Frühjahr Butter 57 Br.

Mais 2 Rt. 3 Sgr. Br.

Heutiger Landmarkt:

Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen

64—73 52—56 44—50 33—36 55—58 Rt.

Hau 15—20 Sgr., Stroh 8—10 Rt., Kartoffeln 14—14½ Rt.

Rübel behauptet, loko 9½ Rt. Br., pr. Februar 9½ Br., ½ Gd., April-Mai 9½ bz., Sept.-Oktbr. 10 Br. u. Gd.

Spiritus wenig verändert, loko ohne Haß 14½ Rt. bz., pr. Februar 14½ bz., Frühjahr 15½ bz. u. Gd., Mai-Juni 15½ bz., Juni-Juli 15½, 15½ bz., Juli-August 15½ Gd., August-Sept. 16 Gd.

Fonds- u. Aktienbörsi.

Berlin, den 13. Februar 1869.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe 4½ 97½ G

Staats-Anl. v. 1859 5 102½ bz

do. 1854, 5, A. 4½ 94½ bz

do. 1857 4½ 94½ bz

do. 1859 4½ 94½ bz

do. 1864 4½ 94½ bz

do. 1867 A.B.D.C. 4½ 94½ bz

do. 1850, 52 conv. 4 87½ bz

do. 1853 4½ 87½ bz

do. 1862 4½ 87½ bz

do. 1868 4½ 87½ bz

Staatschuldabsch. 3½ 82½ bz

Präm. Anl. v. 1855 3½ 121½ bz

Kurh. 40 Thlr. -Obl. 50 bz

Kur- u. Reun. Schöp. 2½ 80 B

Deutsche Baud. 4½ 92 G

Berl. Stadtbölg. 5 102½ bz

do. do. 4½ 95½ bz

do. do. 3½ 75½ bz

Berl. Börs.-Obl. 5 101½ B

Berliner 4½ 93½ bz

Kur. u. Reun. 3½ 76½ bz

do. do. 4½ 84½ bz

Pommersche 4 85 bz

Posensche 4 —

do. neue 4 84½ bz G

Sächsische 4 84 B

Sächsische 3½ —

do. Lit. A. 4 —

do. neue 4 —

Westpreußische 3½ 72½ G

do. 4 82½ bz 4½ 88½

do. neue 4 82½ bz

do. 4½ 88½ bz 50% 99½

Bank- und Kredit-Aktien und Anteilscheine.

Kur. u. Reun. 4 90 bz

Pommersche 4 90½ B

Posensche 4 86½ B

Breit. 4 87½ bz

Rhein.-Bef. 4 92 G

Sächsische 4 90 G

Sächsische 4 88½ B

Pruh. Hyp.-Cert. 4 100½ G

Berl. Hyp.-Pfdbr. 4 91 G

Berl. do. (Hentel) 4 86 B

Die Börse war anfänglich ohne ausgesprochene Tendenz, da Wiener Morgenkurse fehlten. Für Kreditaktien, Lombarden u. Franzosen bestand Verkaufslust. Ziemlich belebt waren Italiener, Türken, Amerikaner, Täbolsobligationen und die Haltung fest; später nahm auch hierin das Geschäft ab. Eisenbahnen waren sehr still, die Kurse im Ganzen gut behauptet. Inländische und deutsche Fonds blieben still; russische fest, öst. Siegliche, große Schöp. Obligationen und Bodenkredit lebhaft, die ersten beiden sehr gefragt. Inländische und österreich. Prioritäten waren fest und still. Aachen-Mastrichter gefragt und höher; für russische herrschte zu höheren Kursen guter Begehr. — Ital. Tabaksaktien wurden mit 332 bis 340 bezahlt. — Wechsel waren sehr still, die Haltung ziemlich unverändert. — Sächsische Hypotheken-Pfandbriefe 88½ Brief.

Breslau, 13. Februar. Sehr günstige Stimmung bei beträchtlichem Geschäft und steigenden Kursen der Bankaktien 680.

meisten Spekulationspapiere. Hauptumsatz in österreich. Kredit- und Stalternern. Auch Amerikaner beliebt und etwas höher, Eisenbahnen vernachlässigt und zum Theil niedriger. Minerva durch Gewinn-Realisationen gedrückt.

Pruh. Fonds fest.

Bei Geschäften in Breslau-Schweidnitz-Freiburger Stammaktien neuester Emission hat die Lieferung in vollgezahlten Stückern erfolgt.

Reisfirt: 10,000 Quart Spiritus, und zwar die Nr. 141 und 142.

Schluskurse. Dest. Loose 1860 82 bz u. G. do. 1864 —. Bayr. Anleihe —. Minerva 49½—49 bz. Schlesische

Bank 117½ bz. Dest. Kredit-Bankaktien 118½ G. Oberschlesische Prioritäten 7½ B. do. do. 88 bz. do. Lit. F. 89½ B.

do. Lit. G. 88½ B. Rechte Oder-Ufer-Bahn St. Prior. 95½ bz. Breslau-Schweidnitz 11½ B. Oberschlesische

Lit. A. u. C. 16½ B. Lit. B. 16½ B. Rechte Oder-Ufer-Bahn 90½ bz. Rosel-Oderberg 114—13½ bz u. B. Ame-

rikaner 82½ bz. Italienische Anleihe 57½—58 bz.

Frankfurt a. M., 13. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Günstig. Nach Schluss der Börse:

Kreditaktien 280 fest, 1860er Loose 8½, Staatsbahn 31½, Lombarden 22½, Amerikaner 82.

Schluskurse. 6% Verein. St. Anl. pro 1882 82½. Türk. —. Österreich. Kreditaktien 279½. Österreich.

franz. St. B. Aktien 314. 1860er Loose 8½. 1864er Loose 122. Lombarden 22.

Frankfurt a. M., 13. Februar, Abends. (Effekten-Societät.) Amerikaner 81½, Kreditaktien

279½, Staatsbahn 31½, steuerfreie Anleihe 52½, Lombarden 22½, 1860er Loose 8½, Nationalanleihe 54, Anleihe

de 1859 64½. Schluss fest.

Frankfurt a. M., 14. Februar, Mittags. Effekten-Societät. Preußische Kassenanweisungen 104½.

Berliner Wechsel 104½. Hamburger Wechsel 88½. Londoner Wechsel 119½. Pariser Wechsel 94½. Wiener Wechsel

97½. National-Anleihe 54. 5% steuerfrei. Anleihe 52½. 4½% Metalliques 44½. Amerikaner de 1882 81½. Österreich

Angemeldet: Nichts.

Regulierungspreise: Weizen 70 Rt., Roggen 52 Rt., Rüböl 9½ Rt., Spiritus 14½ Rt.

Petroleum loko 8½ Rt. Br.

Talg, prima gelber Vichten 16½ Rt. bz.

Pottasche, lma Kasan 7½ Rt. bz.

Syrup, Kopenhagen 7½ Rt. tr. bz.

Hering, schott. crown und fullbrand 14½ Rt. tr. bz.

Frische Früchte, eine Ladung von Messina eingetroffen, Apfelsinen u. Citronen 6 Rt. per Kiste versteuert gef. (Ostl.-Stg.)

Breslau, 13. Februar. [Amtlicher Produktions-Börsenbericht.]

Kleesaat, rothe beh., ordin. 8½—9½, mittel 10½—11½, fein 12—13, hoch 13½—14½ — Kleesaat, weiße unv., ord. 10—13, mittel 14—15, fein 17—18, hochfein 19—20½.

Roggen (p. 2000 Pfd.) geschäftslos, pr. Febr. 50 Br., Februar-März 10½. Roggen stille, loko 49½ Br., April-Mai 49—49½ bz., Mai-Juni 49½ bz. u. Br.

Weizen pr. Februar 63 Br.

Gerste pr. Februar 51 Br.

Hafer pr. Februar 49½ Br., April-Mai 50 Br.

Raps pr. Februar 92 Br.

Lupinen mehr beachtet, p. 90 Pfd. 52—55 Sgr.

Rüböl fest, loko 9½ Br., pr. Februar und Febr.-März 9½ Br., März-April 9½ Br., April-Mai 9½ Br., Mai-Juni 9½ Br., Sept.-Okt. 9½—2½ bz.

Rapskuchen gefragt, 63—65 Sgr. pr. Cr.

Leinuchen 92—95 Sgr. pr. Cr.

Spiritus wenig verändert, loko 14½/24 Br., 13½/24 Gd., pr. Febr.

u. Febr.-März 14½ bz. u. Br., April-Mai 14½ bz. u. Br.

Sink lebhaft, mehrere Posten 6 Thlr. 20 Sgr., W. H. und P. H. zu gleichen Theilen 6 Thlr. 22 Sgr. bz.

Die Börsen-Kommission.

(Bresl. Hdls. Bl.)

Bromberg, 13. Februar. Wind: West. Witterung: klar. Morgens 30 Wärme. Mittags 4° Wärme.

Weizen, bunt, 128—130 Pfd. holl. (83 Pfd. 24 Lth. bis 85 Pfd. 4 Lth. Soll. gew.) 64—65 Lth. pr. 2125 Pfd. Bollgem. heller 131—134 Pfd. holl. (85 Pfd. 23 Lth. bis 87 Pfd. 22 Lth. Sollgewicht) 66—67 Lth. pr. 2125 Pfd. Boll. gew. 64